

Oskar Weggel

# Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

## Teil 2: Zielsetzungen

### Gliederung

- 2.1 Baustelle Außenpolitik: Positionswechsel und Blickwinkelverschiebungen
- 2.2 Die fünf großen Zielsetzungen
- 2.2.1 China als Bannerträger des gesellschaftlichen Umbruchs: Sozialistische Zielsetzungen (Z.1)
- 2.2.2 China als Staat: Nationale Zielsetzungen (Z.2)
- 2.2.2.1 Sicherheit
- 2.2.2.1.1 Antinomien
- 2.2.2.1.2 Spezifisch chinesische Sicherheitsaspekte
- 2.2.2.1.2.1 Wechselseitigkeit: Das Denken in „Beziehungs“-Kategorien
- 2.2.2.1.2.2 „Umfassend“
- 2.2.2.1.2.3 Vertrauen
- 2.2.2.1.3 Unspezifische Sicherheitsaspekte: Ökonomisierung, Regionalisierung, Konfliktschärfung
- 2.2.2.1.3.1 "Ökonomisierung" der Außenpolitik
- 2.2.2.1.3.2 Regionalisierung und Multipolarisierung
- 2.2.2.1.3.3 Stabilisierung und Konfliktschärfung
- 2.2.2.1.3.4 Gibt es noch Sicherheitsbedrohungen?
- 2.2.2.2 Wiedervereinigung und Irredenta
- 2.2.2.2.1 Die chinesische Ökumene
- 2.2.2.2.2 „Staaten“ und „Systeme“, Apologetik und Pragmatik
- 2.2.2.2.2.1 Das SVZ-Konzept
- 2.2.2.2.2.2 Hongkong und Macao
- 2.2.2.2.2.3 Taiwan
- 2.2.2.3 Grenzen – und Territorialstreitigkeiten
- 2.2.2.3.1 China – ein Land ohne Grenzziehungstraditionen
- 2.2.2.3.2 Die Ziehung der Landgrenzen: Eine Erfolgsgeschichte
- 2.2.2.3.3 Der Kummer mit den Meeresgrenzen
- 2.2.2.3.4 Geschichtsargumente im Streit um Territorien
- 2.2.2.4 Schutz der Huaqiao
- 2.2.3 China als Anti-Status-quo-Macht: Antihegemonistische Ziele (Z.3)
- 2.2.4 China als Entwicklungsland: Modernisierungsziele (Z.4)
- 2.2.5 China als „Polarstern“ und als wiedererstandenes „Reich der Mitte“: Autoritätsgewinn als Ziel (Z.5)
- 2.3 Modernisierung, aber auch „Renormalisierung“ bei den Zielsetzungen
- 2.3.1 Die große Wende: Zwei Paradebeispiele
- 2.3.1.1 Israel
- 2.3.1.2 Korea
- 2.3.2 „Heimkehr“

Die Untersuchung zum außenpolitischen Verhalten der Volksrepublik soll mit dem Thema „Zielsetzungen“ beginnen, da sich anhand des Wechselspiels der Intentionen auch die Rollen – und Blickwinkelverschiebungen der chinesischen res publica besonders klar nachvollziehen lassen. Immerhin hat die VRCh seit 1949 ja eine mehrfache Metamorphose ihres Selbstverständnisses durchlaufen, wobei die außenpolitischen Positionsveränderungen allerdings nur eine Folge, nicht Ursache waren.

### 2.1

#### Baustelle Außenpolitik: Positionswechsel und Blickwinkelverschiebungen

Als die Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 ausgerufen wurde, mochte sich die KPCh-Führung, allem Siegestaumel zum Trotz, wie in einem Labyrinth gefühlt haben: Hatte sie doch die vorangegangenen 21 Jahre fast ausschließlich im bäuerlichen Hinterland gekämpft und sollte nun auf einen Schlag ein neuentstandenes Gesamtreich von damals immerhin rund 500 Mio. Menschen lenken. Kein Wunder, daß sich die Politik, und hier wiederum vor allem die Außenpolitik der jungen Volksrepublik nach 1949 in einem Prozeß entwickelte, der eher einem Zickzack- als einem Geradeausmarsch glich und der sich erst seit den Reformbeschlüssen von 1978 zu konsolidieren und auf eine berechenbare Linie einzujustieren begann, wie sie für das „Außenverhalten“ des Reichs der Mitte eigentlich von jeher kennzeichnend gewesen war, nämlich auf Berechenbarkeit und Ordnung.

Rückblickend lassen sich die 50 Jahre außenpolitischer Praxis zwischen 1949 und 1998 nach fünf Phasen gliedern, in deren Verlauf die Volksrepublik fünf verschiedene Rollen übernommen und fünf damit korrespondierende Zielsetzungen entfaltet hat, wobei die zufällige Fünzfzahl dieser Rollen und Ziele mit den fünf Phasen nicht unmittelbar zusammenhängt.

Angesichts der Wechselhaftigkeit des chinesischen Verhaltens vor allem in den ersten drei Jahrzehnten erscheint es gerechtfertigt, von einer „Baustelle“ oder sogar von einem „Experimentierfeld“ Außenpolitik zu sprechen.

Phase I begann im unmittelbaren Gefolge der „Befreiung“ von 1949. Damals schien für die noch ganz im Siegestaumel stehende und von Umbruchvorstellungen beschwingte neue Elite nichts wichtiger zu sein als der pathetische weltgeschichtliche Auftrag, das heiße Eisen der Revolution ohne Pause weiterzuschmieden – und zwar nicht nur in China selbst, sondern, wenn möglich, auch weit über die eigenen Grenzen hinaus.

Ganz im Gegensatz zur schönen Theorie waren die ersten *praktischen* Aktionen außenpolitischer Art allerdings schon 1950 eher realpolitischen Zuschnitts – man denke an die Wiederbesetzung des seit 1911 selbständig gewordenen Tibet und an die Vorwärtsverteidigung im Koreakrieg. Hier handelte die Führung nicht als Bannerträger der *Revolution*, sondern als Vertreterin einer *Nation* mit spezifischen Territorial- und Verteidigungsinteressen, wengleich sie die Heimholung Tibets auf reichlich abstruse Art „revolutionär“ zu begründen versuchte, nämlich als „Befreiung“ von der „feudalistischen“ Unterdrückung durch die Mönchsdictatur und vom angeblich unmittelbar bevorstehenden Zugriff britischer und amerikanischer „Imperialisten“.

Schon damals, in den allerersten Anfängen, zeigte es sich also, daß die plakativ so groß herausgestellten *sozialistischen* Zielsetzungen (Z.1) gegenüber den *nationalen*

Zielen (Z.2) von durchaus zweitrangiger Bedeutung waren.

In Phase II (1950-1958) begann sich die Volksrepublik dann, wie erwähnt, „nach einer Seite hin zu lehnen“ und sich – zumindest vorübergehend – auf Gedeih und Verderb mit der Sowjetunion zu verbünden, wobei in erster Linie ebenfalls nicht revolutionäre, sondern höchst pragmatische wirtschaftliche Kalküle ausschlaggebend waren.

Bereits nach Ablauf des Ersten Fünfjahresplans, der noch ganz im Zeichen des stalinistischen Modells gestanden hatte, schlug das Pendel freilich mit aller Wucht zum Ausgangspunkt zurück: Zum zweiten Mal seit der Zunyi-Konferenz von 1934 wandte sich die Mao-Führung damit von der UdSSR ab und versuchte auch diesmal, auf autochthone Elemente, nämlich die Erfahrungen von Yan'an, zurückzugreifen. Die Abnabelung begann 1958 mit dem Kurs der sog. „Drei Roten Banner“ (Neuformulierung der Generallinie, Großer Sprung nach vorn, Volkskommunewebewegung) und führte in den Jahren 1960 ff. zum offenen Bruch mit Moskau – einem Eklat, der durch die „Drei großen Ereignisse“ von 1968/69 (Prag, Ussuri-Gefechte und Breshnew-Doktrin) zusätzlich verschärft wurde und in offene Feindschaft umschlug.

Damit begann Entwicklungsabschnitt III (1958-1966), in dem sich das Neue China als „verspätete Nation“, als „geborene Anti-Status-quo-Macht“ und als „Land der Dritten Welt“ zu fühlen – und sich in dieser dreifachen Eigenschaft als Opfer „hegemonistischer“ Machenschaften zu begreifen lernte. Hauptfeinde waren jetzt die USA – und (!) die Sowjetunion, zwei Gegner also, für die das Begriffspaar „Imperialismus“ (USA) bzw. „Sozialimperialismus/Hegemonismus“ (UdSSR) geprägt wurde.

Da der Kampf sich von jetzt an noch stärker gegen die Sowjetunion als gegen die USA richten sollte, tauchte auch eine neue Zielsetzung auf, nämlich der *Antihegemonismus* (*fan baquanzhuyi*) [1] (Z.3), der so tief saß, daß er selbst zwischen den damals aufs äußerste zerrissenen KPCh-Fraktionen konsensfähig werden und, angesichts der Intensität des sinosowjetischen Schismas, bis in die 80er Jahre hinein vorhalten konnte.

Ganz auf dieser Linie kam ein weiterer Kerngedanke ins Spiel, durch den die Beijinger Außenpolitik zwischen 1958 und 1966 eine neue Richtung erhielt, nämlich die Hinwendung zu den „Weltdörfern“, d.h. zu den Ländern der Dritten Welt, mit denen sich, wie vor allem die damals so mächtige Lin-Biao-Fraktion zu wissen glaubte, gemeinsame Front gegen den Hegemonismus machen ließ.

Phase IV (1966-1977) umspannt jenes „chaotische“ Jahrzehnt der Kulturrevolution, in dessen Verlauf die Außenpolitik der Volksrepublik ihre bisher extremsten Pendelausschläge vollzog, und zwar in gleich dreifacher Hinsicht, indem sie (1) zwischen „extrem links“ (Lin Biaos These von der Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer) und „extrem rechts“ (Deng Xiaopings Drei-Welten-Theorie) oszillierte,<sup>1</sup> indem sie ferner (2) den Spagat zwischen Todfeindschaft mit den USA (Vietnamkrieg) und Aussöhnung mit ihnen (Nixons Chinabesuch und Shanghai-Kommuniqué vom Februar 1972) vollzog und indem sie (3) nicht zuletzt die Dritte Welt einerseits vollends herüberzugewinnen versuchte, sich ihr – im Zeichen der „Rotgardistendiplomatie“ – jedoch gleichzeitig auch entfremdete.

Vor allem bei der Annäherung an die USA sollte es sich herausstellen, daß Z.2 mehr Gewicht besaß als Z.3.

Phase V (1978 ff.) stand von Anfang an im Zeichen zweier großer Leitmotive, nämlich der Modernisierung und der Renormalisierung. Hauptinhalt der Beschlüsse des wahrhaft historischen 3. Plenums des XI. ZK vom Dezember 1978, bei dem die Reformer um Deng Xiaoping ihren Durchbruch erlebten, war die Ankündigung, den maoistischen Klassenkampfkurs durch die „Vier Modernisierungen“ zu ersetzen. Damit hatte ein abermals von Grund auf gewandeltes China die Bühne betreten, und – in der neuen Rolle als Entwicklungsgesellschaft – das bisher so sträflich vernachlässigte *Modernisierungsziel* (Z.4) in den Mittelpunkt gestellt.

Je entschiedener die reformerische KPCh nunmehr zum Klassenkampfkurs Maos auf Distanz ging und sich auf authentische Traditionen des Reichs der Mitte zurückbesann, um so deutlicher begannen sich auch Konturen des altehrwürdigen Tributsystems neu abzuzeichnen. Den zu neuem Leben er wachten – für westliche Beobachter oft rätselhaften – *Autoritätsanspruch* (Z.5) bekam vor allem die SR Vietnam zu spüren, die sich seit der von Hanoi als Verrat empfundenen Aussöhnung Chinas mit den USA demonstrativ von Beijing abgewandt hatte und auf Moskauer Linie eingeschwenkt war. Statt vor dem „Reich der Mitte“ strammzustehen, hatte Hanoi durch seine offene Kritik an Beijing, vor allem aber durch die Besetzung Kambodschas im Jahre 1979, soviel „Respektlosigkeit“ an den Tag gelegt, daß die VRCh sich zu „pädagogischen Maßnahmen“ gezwungen glaubte, sei es nun in Form des „Erziehungsfeldzugs“ vom Februar/März 1979 oder sei es in Gestalt von endlosen „Erziehungsgesprächen“, wie sie dem militärischen Zusammenstoß auf dem Fuße folgten, ehe es zwischen den beiden Nachbarn nach mehr als einem Jahrzehnt, nämlich 1991, endlich wieder zur Aussöhnung kam, nachdem Vietnam vorher „Gehorsam“ (*ting hua*: „Hinhören auf Worte“ [2]) gezeigt und seine Truppen 1989 aus Kambodscha abgezogen sowie sein Verhältnis zur (mittlerweile auseinanderbrechenden) Sowjetunion gelockert hatte.

Bewußt sei hier eine Terminologie gewählt, die in ihrer – der westlichen „political correctness“ widersprechenden – Anmaßung eine Vorstellungswelt transparent werden lassen soll, die mit neuzeitlicher Außenpolitik, und nun gar mit völkerrechtlichen Kategorien, schwer unter einen Hut zu bringen ist.

Nicht zuletzt in diesem Kontext wird deutlich, daß die oben aufgezählten fünf Zielsetzungen, weit davon entfernt, parallel zueinander zu verlaufen, häufig genug diametral sind, ja manchmal geradezu in Gegensatz zueinander geraten *müssen* – ein Umstand, der das Verstehen chinesischer Außenpolitik nicht eben erleichtert. Hier nur einige Beispiele für solche Zielkonflikte: In Widerspruch zueinander geraten können beispielsweise Z.1 und Z.2 (chinesische Tibetpolitik von 1950!), Z.1 und Z.3 (Politik gegenüber der Mongolischen Volksrepublik bis 1991), Z.1 und Z.4 (Annäherung an die USA 1972 sowie chinesische Europapolitik), Z.1 und Z.5 (Vietnam- und Nordkoreapolitik), Z.2 und Z.3 (frühere Südkorea-, Südafrika- und Israelpolitik), Z.2 und Z.4 (Streit mit Japan um die Insel Senkaku) sowie Z.4 und Z.5 (Schulbuchstreit mit Japan), um hier nur einige Beispiele zu nennen. (Ausführlich hierzu unten 2.3.)

Aus verständlichen Gründen läßt die Beijinger Außenpolitik nichts unversucht, um durch nachgeschobene Begründungen Zielkonflikte am Ende immer wieder in Zielkonkordanz umzudeuten.

<sup>1</sup>Ausführungen zu den Begriffen Linke und Rechte Strategie folgen in Teil 3.

## 2.2

## Die fünf großen Zielsetzungen

## 2.2.1

## China als Bannerträger des gesellschaftlichen Umbruchs: Sozialistische Zielsetzungen (Z.1)

Viele Jahre lang trat das maoistische China stimmgewaltig und mit leuchtenden Augen als Heilsverkünder und als Hauptverfechter des „proletarischen Internationalismus“ zutage, indem es Arbeiter und Bauern weltweit zum Langen Marsch des „Klassenkampfes“ gegen „Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus“ aufrief, indem es die „Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer“ forderte und indem es die Parole ausgab, „das Alte zu zerstören und dem Neuen Menschen in einer Neuen Gesellschaft“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Anfangs erfolgten diese Aufrufe noch Seite an Seite mit dem „Großen Bruder Sowjetunion“ – und in deren Terminologie –, später dagegen sahen sich die „Sowjetrevisionisten“ zu ihrer eigenen Verblüffung in den gleichen Topf geworfen wie die klassischen „Kapitalisten und Imperialisten“. Kein Wunder, daß sich die maoistische Propaganda unter diesen neuen Präliminarien seit Beginn der 60er Jahre auch einer ganz anderen Sprache zu bedienen begann und ihre Anhänger nun weltweit dazu aufrief, dem Yan'an-Modell zu folgen, d.h. eigene „Volksarmeen“ aufzubauen, „befreite Stützpunktgebiete“ auf den Dörfern zu errichten und – möglichst aus eigener Kraft – mit Methoden des „Volkskriegs“ und unter Führung autochthoner kommunistischer Parteien Selbstbefreiung zu betreiben. Dieses Yan'an-Modell wurde in den 60er Jahren zu einem veritablen Exportschlager.

Kaum aber war 1978 der Reformkurs auf den Weg gebracht worden, begannen die Aufrufe an die „revolutionären Massen“ und an die „Befreiungsbewegungen“ in Südostasien, Lateinamerika und Afrika mit einem Mal zu verstummen. China hatte sich damals, zum ungläubigen Staunen aller Mao-Sympathisanten, die vom Dschungelpartisanen bis hin zum deutschen H4-Professor reichten, jäh vom „Klassenkampf“ losgesagt und wollte auch außenpolitisch nicht mehr als Systemveränderer, als Befürworter einer planetarischen Revolution oder aber als soziales Weltgewissen auftreten. Das Versprechen, Revolutionen nicht mehr als Exportartikel zu betrachten, wurde expressis verbis vor allem durch den XII. Parteitag von 1982 nachgereicht; spätestens seit diesem Zeitpunkt sind die einst so virulenten revolutionären Zielsetzungen wie durch eine Falltür aus der Außenpolitik Beijings verschwunden.

Zwar nahm die Mitgliederzahl der KPCh nach 1978, verglichen mit früher, eher noch zu, und zwar um durchschnittlich 1 Mio. pro Jahr, so daß die Gesamt-„genossenschaft“ bis zur Jahrtausendwende bereits auf 60 Mio. angewachsen sein dürfte. Weit davon entfernt, ein erfreulicher Zuwachs zu sein, brachten diese neuen Quantitäten jedoch einen durchaus schmerzhaften Qualitätsknick mit sich. Die neuen „Kommunisten“ bestanden meist aus Trittbrettfahrern, hieß es in offiziellen Klagen, denen es nur noch selten um das Wohl der Massen, um so mehr aber um die eigenen Karriere gehe und die übrigens gerade deshalb auch den Verlockungen der Korruption so ganz besonders ausgesetzt seien.

Zur galoppierenden Identitäts- und Überzeugungskrise trugen auch der Untergang der Sowjetunion und des Ostblocks, das Eindringen westlicher „Lebensanschauungen“ (*renshengguan*) [3] und die täglich erfahrene „Ent-

fremdung“ gegenüber allem bei, was vorher dreißig Jahre lang als „sozialistisch“ und unantastbar gegolten hatte.<sup>2</sup>

Kein Wunder, daß der „internationale Sozialismus“ mittlerweile sogar aus der Sicht eines Li Peng in die Krise, ja „auf seinen Tiefpunkt“ (*chu yu dichao*) [4] gelangt ist.<sup>3</sup>

Hinzu kommt, daß „sozialistische“ Zielsetzungen sich mittlerweile grundlegend *gewandelt* haben und daß sie, zweitens, in ihrer heutigen Gestalt kaum noch Eigenprofil besitzen, d.h. (bezogen etwa auf das marktwirtschaftliche Geschehen) sich kaum noch von Absichtserklärungen unterscheiden, wie sie auch in den klassischen „kapitalistischen“ Gesellschaftsordnungen abgegeben zu werden pflegen:

– Was, erstens, den *Wandel der Zielsetzungen* anbelangt, so hängt er mit „zwei historischen Sprüngen“ (*liang ci lishixing feiyue* [5]) zusammen, die wiederum zwei Phasen der chinesischen Revolution, nämlich eine Umbruch- und eine Aufbauetappe markieren, und die ihrerseits mit verschiedenen Autoritäten assoziiert werden, nämlich mit dem „Mao-Zedong-Denken“ (*Mao Zedong sixiang* [6]) und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ (*Deng Xiaoping lilun* [7]).<sup>4</sup> Das Mao-Zedong-Denken hatte der KPCh als Leitfaden inoffiziell seit der Zunyi-Konferenz von 1934, offiziell aber seit dem VII. Parteitag von 1956 gedient und war bis 1978 verbindlich gewesen, ehe es dann, seit dem 3. Plenum des XI. ZK (Dezember 1978), durch die „Deng-Xiaoping-Theorie“ abgelöst wurde, die zumindest bis 2049, d.h. bis zum Eintritt Chinas ins Stadium des „Vollsozialismus“ in Geltung bleiben soll.

Während der (Mao-Zedong-) Phase I war die „Revolution“ noch mit Klassenkampf gleichgesetzt worden – eine Auffassung, die sowohl innenpolitisch (in Form von rund 30 Großkampagnen) als auch außenpolitisch holzschnittartig klar in Erscheinung trat. Waren die Maoisten damals doch mit ihrer Linken Strategie<sup>5</sup> noch als Leninisten reinsten Kalibers aufgetreten, die von der Überzeugung ausgingen, daß das „schwächste Kettenglied des Kapitalismus“ in der Dritten Welt liege und daß das revolutionäre China daher in *diesen* Regionen eine zentrale Anstifterrolle zu spielen habe – Stichwort: Einkreisung der „Weltstädte durch die Weltdörfer“.

Die Politik der (Deng-Xiaoping-) Phase II unterscheidet sich von diesen vorausgegangenen maoistischen Visionen wie Wasser von Feuer: Im Mittelpunkt der KP-Arbeit sollte nämlich von jetzt an nicht mehr der Klassenkampf, sondern die Wirtschaft – und nichts als die Wirtschaft! – stehen. Zu „befreien“ waren jetzt nicht mehr die Menschen, sondern die Produktivkräfte (*jiefang shengchanli* [8]) – eine Formulierung, die von nachfolgenden Kongressen wie dem XV. Parteitag immer wieder aufgegriffen wurde. Außenpolitisch sollte an die Stelle der Linken eine Partnerschafts-Strategie treten, und zwar mit dem Ziel, Konflikte friedlich zu lösen, Kriege zu vermeiden und eine „langfristige und friedliche internationale Umgebung zu schaffen“ (*changqide heping guoji huanjing* [9]).

– Zweitens hat das neue, „von Deng Xiaoping entworfene“ und vom ZK 1984 abgesegnete Sozialismuskonzept zu einer *Einebnung* des noch unter Mao so scharf ausgeprägten „Sozialismus“-Profils geführt: Die Dengsche Theorie vom „Anfangsstadium des Sozialismus“ (*shehui-*

<sup>2</sup>Zu Klagen dieser Art vergl. den Bericht des ZK-Sekretariats über Organisationsarbeit im ZM, 1995/4, S. 15 f.; C.a., 1995/3, Ü 4.

<sup>3</sup>So Ministerpräsident Li Peng anlässlich des 75. Gründungstags der KPCh am 1. Juli 1996, RMRB, 2.7.96; C.a., 1996/7, Ü 1.

<sup>4</sup>RMRB, 22.9.97.

<sup>5</sup>Näheres dazu unten 3.

zhuyi chuyi jieduan [10]) hatte bis zu ihrer Proklamation nirgends in der sozialistischen Welt vergleichbare Vorgänge besessen, hatte also auf Anhieb ein ganz neues Kapitel in der Geschichte des sozialistischen Selbstverständnisses aufgeschlagen: Geht sie doch davon aus, daß zwischen die einstmals von Karl Marx definierten Geschichtsetappen der „Bourgeoisie“ und des (Voll-) „Sozialismus“ heutzutage noch ein langandauernder Abschnitt des "Übergangs zum Sozialismus“ eingeschoben werden müsse, in dessen Verlauf die Unterentwicklung „schrittweise“ (also keineswegs durch „große Sprünge“!) abgebaut und die Modernisierung vorangetrieben werden müsse, sei es nun beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, sei es bei der Bekämpfung des Analphabetentums oder aber bei der Beseitigung sozialer Mißstände, vor allem der Armut. Dieser historische Prozeß dauere „mindestens 100 Jahre“, in China also – vom Beginn der Volksrepublik an gerechnet – bis zum Jahr 2049. Erst dann könne das Neue China „vollsozialistisch“ werden. Bis dahin aber habe der Wirtschaftsaufbau Vorfahrt.

Bis zu dieser Neuformulierung hatte das oberste Ziel einer „sozialistischen“ Außenpolitik darin bestanden, (1) den „breiten Massen der Arbeiter und Bauern“ durch Schaffung günstiger Sozialisierungsbedingungen maximale Emanzipations- und Partizipationsmöglichkeiten zu verschaffen, wobei (2) der „Primat der Politik“ (eigentlich der „Produktionsverhältnisse“) anzustreben und (3) ein dreistufiger Phasenplan (Neudemokratische – Sozialistische – Kommunistische Phase) zu befolgen sei.

Durch die Neuinterpretation Dengs waren zumindest zwei dieser drei Hauptmerkmale „wegoperiert“ worden, nämlich der „Primat der Produktionsverhältnisse“, der nunmehr durch einen „Primat der Produktivkräfte“ ersetzt wurde, sowie der Phasenplan, der durch eine praktisch hundertjährige Aufbauphase verdrängt und dessen „sozialistische“ Elemente auf die lange Bank – nämlich bis 2049 – geschoben wurden. Grünes Licht wurde damit für jede Entwicklung gegeben, die der Wirtschaft – i.S. erhöhter wirtschaftlicher Effizienz – auf die Sprünge verhalf. Sogar Methoden des Manchester-Kapitalismus sollten nun durch die Hintertür hereinkommen dürfen, da der „Schlüssel für die Lösung aller Probleme Chinas“ in den nächsten Jahrzehnten nunmehr ja ausschließlich bei der *Wirtschaft* lag.

„Reform, Entwicklung, Stabilität“ (*gaige, fazhan, wending* [11]) galten seitdem – logischerweise(!) – als Hauptingredienzien wirtschaftlicher Effizienz.

Die Erkenntnis, daß „ohne Stabilität nichts läuft“, gilt auch für die Außenpolitik, vor allem aber für die Außenwirtschaft, deren Ziel es sein sollte, günstige Investitionsbedingungen zu schaffen und der Volksrepublik Absatzchancen auf dem Weltmarkt zu sichern. Schon Mitte der 90er Jahre war die Volkswirtschaft der VRCh ja bereits zu 40% (!) von der Außenwirtschaft abhängig. Außerdem lieferte sich die Volksrepublik zu dieser Zeit bereits ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den USA um die höchsten ausländischen Investitionen.

Angesichts zunehmender Globalisierung und wachsender Interdependenz konnte sich die reformerische Volksrepublik eine Politik der Guerillaunterstützung, wie sie im maoistischen Zeitalter noch gang und gäbe gewesen war, längst nicht mehr erlauben! In der Tat hatten sich die früher so üppig fließenden Mittel für den revolutionären Kleinkrieg in der Dritten Welt spätestens seit 1978 in Luft aufgelöst. Seit dieser Zeit befindet sich China in einer Art revolutionärem Zölibat!

Dieser Prozeß wurde noch dadurch beschleunigt, daß Deng-Anhänger seit 1978, vor allem aber seit der Frühjahrsreise Deng Xiaopings von 1992, nie mehr damit aufgehört haben, zum „Kampf gegen Linkstendenzen“ aufzurufen, womit sie in erster Linie zwar die „linken Fesseln der Kulturrevolution“ loswerden wollten, womit sie gleichzeitig allerdings den Sozialismus als ganzen in Frage stellen.<sup>6</sup>

Freilich hätte es solcher ausdrücklicher Warnungen vor „Linksabweichung“ erst gar nicht bedurft; hatte doch bereits die reformerische Praxis der 80er Jahre die Überzeugung verspüren lassen, daß die Wiederbelebung „kapitalistischer“ Tendenzen dem Naturell des „real existierenden Menschen“ weitaus mehr entspreche als der Glaube an einen „neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft“, wie er noch den Maoisten heilig gewesen war.

Auch wenn die Reformer nach wie vor Lippenbekenntnisse zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ abgeben, sind sie doch längst mit fliegenden Fahnen ins Lager des „Kapitalismus“ übergelaufen und reden dem privaten Eigentum, dem Marktgeschehen und dem Wettbewerb das Wort. Es gilt für sie ferner als ausgemacht, daß das marktwirtschaftliche Geschehen viele voneinander abweichende Formen zuläßt, angefangen vom angloamerikanischen Kapitalismus und der im deutschen Bereich praktizierten Sozialen Marktwirtschaft bis hin zur „Marktwirtschaft mit chinesischer Einfärbung“. Allen gemeinsam sei der Trend zum Wettbewerb, keinesfalls jedoch, wie die chinesischen Propagandisten nicht müde werden zu betonen, die rechtstaatliche Ordnung.

Allerdings möchten die Reformer das marktwirtschaftliche Geschehen nicht sich selbst überlassen. Vielmehr fordern sie, ähnlich wie einst Wilhelm Röpke, der Mitstreiter Ludwig Erhards, eine Ethik mittlerer Höhenlage, die zwischen den Extremen eines sich selbst überlassenen Ökonomismus einerseits und eines um wirtschaftliche Folgen unbekümmerten Moralismus andererseits verläuft: das eine wird im heutigen China in der Tat als „geistige Verschmutzung“, das andere aber als „Linksextremismus“ verurteilt.

Von der einst allumfassenden „sozialistischen“ Orientierung sind heute nur noch drei Bruchstücke übriggeblieben, nämlich (1) die KPCh-Führung, (2) der (vormundschaftliche) Schutz der Bevölkerung vor „geistiger Verschmutzung“ (*jingshen wuran* [12]) und (3) die Forderung nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, die mit einem (Lippen-) Bekenntnis Chinas zur Dritten Welt einhergeht.

Mit der letzteren Bemerkung kehrt die Untersuchung zum engeren Themenbereich der Außenpolitik zurück. Hier stellt sich die Frage, ob es nach all dem Zickzack, das der „Sozialismus“-Begriff seit 1978 durchlaufen hat, überhaupt noch Anknüpfungspunkte für eine authentisch „sozialistische“ Außenpolitik geben kann.

Die Frage ist offensichtlich zu verneinen, nachdem, wie erwähnt, spätestens 1982 die offizielle These verkündet worden ist, daß Revolutionen keine Exportartikel seien. Eigentlich enthält diese These im Kern bereits die ganze Haltung der reformerischen Führung zum Thema „sozialistische Außenpolitik“.

Auch der Versuch der VRCh, ihr wirtschaftlich so erfolgreiches Modell einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ wenigstens auf impansionistischem Weg weltweit zu „popularisieren“, läuft keineswegs auf eine Erneuerung des Proletarischen Internationalismus hinaus. Eine solche

<sup>6</sup>Zur Antilinksbewegung i.J. 1992 vgl. C.a., 1992/4, Ü 8.

Propagandapolitik kann ja wohl kaum „sozialistischer“ sein, als es das Wirtschaftsmodell selbst ist!

Auch sonstige Ansätze, wie sie von der heutigen chinesischen Außenpolitik thematisiert werden, angefangen, von der „Entspannung“ über die „Multipolarisierung“ bis hin zu „Friede und Entwicklung“ haben allenfalls in der Schnittmenge, kaum jedoch „im Geist“ und in der Gesinnung etwas mit „sozialistischen“ Zielsetzungen zu tun.

Mittlerweile hat sich auch noch das letzte Relikt internationaler „sozialistischer“ Gemeinschaftlichkeit, nämlich das Sonderbeziehungsgefüge zu den „Bruderstaaten“, so gut wie in Luft aufgelöst. Gegenüber Ländern wie Cuba, Laos, Kambodscha oder Vietnam besteht Berührungsscheu und bisweilen sogar wechselseitige Abneigung – man denke dabei vor allem an das Verhältnis zur SR Vietnam: Hier sorgen schon die notorischen Grenzprobleme dafür, daß eventuell noch verbliebene „sozialistische“ Rest-Gemeinsamkeiten sogleich wieder von Interessengegensätzen *nationaler* Art überschattet werden.

Auch zwei in früheren Jahren besonders enge Verbündete der Volksrepublik, nämlich Nordkorea und die Roten Khmer, stehen längst im Abseits:

- Nordkorea ging von sich aus auf Abstand zu Beijing, nachdem dieses im August 1992 diplomatische Beziehungen zur Republik Korea (Süd) aufgenommen hatte.<sup>7</sup>
- Mit den „Schmuddelkindern“ der Roten Khmer andererseits wollte China, das mittlerweile die Ballonmütze mit der Mandarinskappe vertauscht hatte, ebenfalls nichts mehr zu tun haben und stellte sich daher, kaum war der Kambodscha-Friedensvertrag von Paris (23.10.91) unterzeichnet worden, voll in den Dienst des Legalisierungsprozesses: Wahlen sollten eingeleitet, die Grundlagen für das 1993 ausgerufene „Königreich“ gelegt und die Roten Khmer mit einer Nebenrolle abgefunden werden! Noch lange vor dem Untergang dieser einst aufs heftigste umworbenen Guerillabewegung hatte Beijing also Konsequenzen gezogen, die mit „proletarischem Internationalismus“ offensichtlich nichts mehr zu tun hatten!

Da der „Sozialismus“-Begriff für die Gralshüter der Beijinger Ideologie aber nach wie vor unentbehrlich erschien, mußten autoritative Quellen her, mit denen sich wenigstens die „Bezeichnungen“ beglaubigen ließen. In diesem Zusammenhang haben dann in der Tat die mittlerweile systematisch publizierten Werke Deng Xiaopings eine wichtige Funktion übernommen; denn mit ihrer Hilfe lassen sich Begründungen stützen und „Sozialismus“-Ausführungen garnieren. Die Herausgabe dieses „Neuen Testaments“ begann 1983 mit der ersten Edition der *Ausgewählten Schriften von Deng Xiaoping (1975-1982)* beim Beijinger Volksverlag. Im November 1994 kamen dann zwei weitere Bände hinzu, die den Zeitraum 1938-1965 umfassen. In einem längeren Artikel der Beijinger Volkszeitung<sup>8</sup> wurden die drei Bände damals zusammen mit dem fünfteiligen Konvolut der *Ausgewählten Werke des Vorsitzenden Mao* als die „kostbarsten ideologischen Schätze“ der KPCh bezeichnet.

## 2.2.2

### China als Staat: Nationale Zielsetzungen (Z.2)

Zur Nation im westlichen Sinn ist China erst spät geworden – und es hat diese Rolle auch nie mit sonderlicher

Begeisterung gespielt, und zwar weder in maoistischer Zeit, als die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik ohnehin fließend waren, noch im Zeitalter der Reformer, die a limine eine Tendenz erkennen ließen, nationale Gesichtspunkte zugunsten von Interdependenzbestrebungen hintanzustellen.<sup>9</sup>

Über Spielformen des modernen chinesischen Nationalismus und über die daraus resultierenden nachbarschaftlichen Empfindlichkeiten ist erst in einem späteren Abschnitt zu handeln.

Im vorliegenden Zusammenhang wird vom Axiom einer Nation China und einer zumindest vierfachen nationalen Themenstellung ausgegangen, nämlich von Sicherheits-, Wiedervereinigungs-, Grenz- und Huaren- (Schutz der Auslandschinesen) Zielsetzungen.

Als spezifisch „national“ werden hierbei all jene Zielsetzungen bezeichnet, die von *jeder* chinesischen Regierung, also auch von einer nichtkommunistischen Führung, im Interesse der Staatsräson mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verfolgt würden.

### 2.2.2.1

#### Sicherheit

#### 2.2.2.1.1

##### Antinomien

Der Spruch *anquan diyi* [13] („Sicherheit an erster Stelle“) prangt in China an fast jeder Baustelle, Straße oder Eisenbahnlinie – kein Wunder, daß er sich seit Beginn der Reformen auch in der Politik wieder unter die Schlüsselbegriffe eingereiht hat.

Aller chinesischen Ordnungs- und Stabilisierungsversessenheit zum Trotz ist das westliche Bild von China auch am Ende des 20. Jh. immer noch durch Vorstellungen bestimmt, die das maoistische Zeitalter (1949-76) hinterlassen hat: Nicht zuletzt die Außenpolitik der VRCh erscheint wie in einem Zerrspiegel: unruhig, sprungbereit wie ein Tiger, unberechenbar, ja chaotisch.

Und doch hat es, von den irritierenden neuzeitlichen Ausschlägen einmal abgesehen, viele Jahrhunderte hindurch kaum etwas Berechenbareres gegeben als das Reich der Mitte; gehörten doch, wie im einleitenden Kapitel ausgeführt, Stabilität und Ordnung zu den Leitmotiven konfuzianischer Führungskunst. Mit der chinesischen Stabilitätskultur verglichen nimmt sich selbst das vielgerühmte deutsche Ordnungsverhalten eher chaotisch aus. Sämtliche chinesische Staatsphilosophien sind ja, wie erwähnt, vor dem Hintergrund eines 500jährigen Kriegs erdacht worden – und zur Reife gelangt. Unberechenbarkeit und Spontaneität gehören damit zu jenen Verhaltensweisen, die von keiner mandarinären Führung akzeptiert worden wären und die, sieht man einmal vom maoistischen Interregnum ab, auch heute noch verabscheut werden. Da nach konfuzianischer Überzeugung vorbildliche Ordnung nicht bei den anderen, sondern stets beim Selbst zu beginnen hat, gehört es mit zu den Grundanliegen „normaler“ chinesischer Führungskunst, zunächst einmal *selbst* als nachahmenswertes Beispiel hervorzutreten – und damit eo ipso ein stabilitätsfreundliches „Gesicht“ anzunehmen.

So gesehen war es ganz gewiß kein Zufall, daß die Begriffe *wending* [14] (Stabilität) und *heping guoji huanjing* [15] (internationale friedliche Umgebung) zu den Lieblingsausdrücken Deng Xiaopings gehörten – und es in der chinesischen Außenpolitik – mit zunehmender Wirkung – bis heute geblieben sind.

<sup>7</sup>Dazu C.a., 1992/8, Ü 7.

<sup>8</sup>RMRB, 5.11.94.

<sup>9</sup>Dazu die prinzipiellen methodischen Bemerkungen in Abschnitt 1.3 dieser Serie.

Kein Wunder, wenn das maoistische China, das zwischen 1949 und 1978 in die Rolle eines Brandstifters und eines revolutionären Protagonisten geschlüpft war, spätestens seit Beginn der 90er Jahre als durch und durch indiskutabel gilt, aus dem Gedächtnis verdrängt und so weit wie möglich „entsorgt“ wird. Statt des Revolutionshat das reformerische China ein *wending*-Gesicht aufgesetzt und kehrt damit zu seinen stabilitätsfreundlichen vorrevolutionären Traditionen zurück.

### 2.2.2.1.2

#### Spezifisch chinesische Sicherheitsaspekte

„Sicherheit“ verbindet sich nicht nur in China, sondern auch in anderen metakonfuzianischen Ländern mit drei Aspekten, die sich mit den Adjektiven „wechselseitig“ (*xianghu* [16]), „umfassend“ (*quanmian* [17]) und – auf ein subjektives Merkmal verweisend – „vertrauensvoll“ (*xinren* [18]) wiedergeben lassen.

### 2.2.2.1.2.1

#### Wechselseitigkeit: Das Denken in „Beziehungs“-Kategorien

Mit der Dauerforderung nach einer „friedlichen internationalen Umgebung“ kommt ein Schlüsselement konfuzianischen Denkens in die moderne Außenpolitik, nämlich der *Beziehungs*aspekt, der oben, im Rahmen der Methoden-erörterung (1.3), bereits besonders hervorgehoben wurde und auf den, angesichts der Bedeutung des Gegenstands, hier noch einmal kurz eingegangen sei:

Gilt in der abendländischen Philosophie seit der Renaissancezeit in aller Regel das autonome Individuum als *substantia* der Gesellschaft, so war es im konfuzianischen Denken niemals das Ich, sondern das *Zwischen-Ich*, nämlich die *Beziehung*, die ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte und auf deren permanente Festigung alles ankam. Interessiert sich die abendländische Philosophie der Neuzeit für die Knoten im gesellschaftlichen Netz, so pflegte sich das Konfuzianertum seit jeher auf die Maschen, also auf das GROSSE DAZWISCHEN zu kaprizieren.

Nicht das Einzelne, sondern die Gesamtordnung – als Umgreifendes und die Menschen *untereinander* Verbindendes – hatte Vorrang. Zwei Beispiele mögen verdeutlichen, was hier gemeint ist:

- Als ein Schüler des Konfuzius Zweifel daran anmeldete, ob denn nun bei jedem noch so unbedeutenden Ritual ein Schaf geopfert werden müsse, hielt ihm der Meister entgegen: „Dir tut das Schaf leid, mir dagegen der Brauch.“<sup>10</sup>
- Ähnlich hätte Konfuzius wohl auch im Fall des Trojanischen Kriegs geurteilt: Während die Ilias als Hauptgrund für dieses blutige Geschehen den Raub – und das persönliche Leid – der Helena herausstellt, hätte Konfuzius vermutlich geantwortet, daß der Krieg keineswegs die Reaktion auf das individuelle Leid der Helena gewesen sei (wer ist schon Helena!?), sondern auf die Verletzung ehelichen und dynastischen *Brauchtums*. Hier steht also nicht die Würde der Einzelperson, sondern die Würde des *li* – d.h. der Gesittung – im Vordergrund, also stets die Ordnung *als ganze*.

Als „geordnet“ kann die Welt überall dort gelten, wo die Beziehungen zwischen den Teilen „wechselseitig“ und „harmonisch“ sind. Wird die „Wechselseitigkeit“ dagegen verletzt, sei es nun durch Schaffung von „Einflußsphären“ oder durch Blockbildungen, so ist Gefahr im Verzug.

Wo „Beziehungen“ im Sinne von „Wechselseitigkeit“ und Harmonie zustande gekommen sind, darf kein Preis zu hoch sein, sie zu hegen und zu pflegen. Aus dieser Treue zur „Beziehung“ ergeben sich nicht selten Zielkonflikte: Sollte China beispielsweise die (so überaus blutige und juristisch nicht immer einwandfreie) Tschetschenien-Politik Jelzins unterstützen, um damit die „Beziehungen“ zu Rußland (und seiner Führung) zu stabilisieren oder sollte es sich im Namen des Völkerrechts (oder gar der Menschenrechte) gegen Jelzins Politik stellen? Sollte es ferner der Türkei, zu der sich ja ebenfalls gute „Beziehungen“ entwickelt hatten, bei ihren Versuchen der Selbststabilisierung (in Form der Verfolgung von Kurden auf nordirakisches Gebiet) Schützenhilfe leisten oder sollte es nicht besser Klage gegen die Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten des Irak führen!?

Die deutsche Außenpolitik konnte sich in Fragen dieser Art nie eindeutig festlegen. Aus chinesischer Sicht war hier jeweils eine Entscheidung zugunsten der „Ordnung“, d.h. geordneter „Beziehungen“ zu den staatlichen Führungen in Rußland sowie in der Türkei zu treffen.

Zu solider „Wechselseitigkeit“ tragen aus chinesischer Sicht in erster Linie gute persönliche Guanxi/Beziehungen bei, die sich durch regelmäßige Kontakte, wenn möglich durch „Kamingespräche“ zwischen maßgeblichen Politikern herstellen und festigen lassen. Doch kann sich das Beziehungsgefüge auch durch wachsende Berechenbarkeit herausbilden. Kein Wunder, daß China so großen Wert auf Verpflichtungserklärungen legt, die dann notorisch beschworen werden.

Gegenüber den USA beruft sich Beijing z.B. immer wieder auf die „drei“ von Washington eingegangenen Verpflichtungen, nämlich auf das Shanghai-Kommuniqué von 1972, das Kommuniqué über die Errichtung diplomatischer Beziehungen vom Dezember 1978 und das Kommuniqué über die schrittweise Reduzierung sowie über die allgemeine Beendigung amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan von 1985.

Eine vergleichbare Formelbeschwörung findet auch gegenüber Japan statt, das mit China gleichfalls drei Grundsatzerklärungen getroffen hat, nämlich die „Gemeinsame Erklärung“ von 1972, mit der erstmals seit 1949 offizielle Beziehungen zwischen beiden Staaten eingeleitet worden waren, ferner den „Chinesisch-japanischen Vertrag über Frieden und Freundschaft“ von 1978 sowie nicht zuletzt die von Li Peng beim 25. Jahrestag der diplomatischen Normalisierung im November 1997 verkündeten „Fünf Prinzipien für die künftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen“, die von Tokyo spontan akzeptiert worden waren, und die darauf hinausliefen, die „Nichteinmischung“, die friedliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, den beständigen Dialog, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie die Herstellung eines korrekten Geschichtsbilds, damit – auf der Basis dieses Einverständnisses – eine beiderseitige „Freundschaft von Generation zu Generation“ entstehen könne.<sup>11</sup>

### 2.2.2.1.2.2

#### „Umfassend“

Ganz im Gegensatz zum maoistischen China, das in den 30 Jahren zwischen 1949 und 1979 eine wenig einfühlsame und polternde – weil „klassenkämpferisch“ betonte – Außenpolitik entfaltet hatte, war das durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg gedemütigte Japan von Anfang an auf leisen Sohlen ins internationale Geschehen zurückge-

<sup>10</sup>Lunyu III.17.

<sup>11</sup>XNA, 18.11.97, C.a., 1997/12, Ü 8.

kehrt und hatte dort eine Sicherheitsstrategie entwickelt, die unter dem Begriff *sōgō anzen hoshō* [19] („umfassende Sicherheitspolitik“) stand, und die von der Überlegung ausging, daß „wer mich angreift, sich selbst ins eigene Fleisch schneidet“, indem er sich nämlich günstiger Kredite, möglicher Hilfeleistungen oder sonstiger wirtschaftlicher Potentiale beraube.

„Sicherheit“ sollte hier also nicht auf Gewehren oder gar Atombomben beruhen, sondern auf einem „umfassender“ (*quanmian*) Spektrum von subtilen Maßnahmen und Angeboten, die wirtschaftlich fundiert waren und die gleichzeitig auch vertrauensbildend wirken sollten.

Die „ganzheitliche“ Natur von Sicherheitsarrangements kommt bei fast jedem sinojapanischen Gipfeltreffen zur Sprache. Bei einem Treffen vom August 1992<sup>12</sup> beispielsweise, das hier als *pars pro toto* angeführt sei, war – wieder einmal – betont worden, daß die asiatisch-pazifischen Länder die wechselseitige Sicherheit durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, sei sie nun bilateral oder multilateral, verstärken und schon *dadurch* äußere Voraussetzungen für eine „friedliche und stabile internationale Umwelt“ schaffen sollten.

Daneben war die Rede von vertrauensbildenden Maßnahmen:

#### 2.2.2.1.2.3

##### Vertrauen

Durch ständige und aktive Zusammenarbeit ist, reformerischen Auffassungen zufolge, ein Kapital „wechselseitigen Vertrauens“ (*xianghu xinren* [20]) aufzubauen, das innere Verbundenheit begründen könne, und zwar bis „ins 21. Jahrhundert hinein! diese „Jahrhundert“-Formel, die mittlerweile in fast jedes Kommuniqué eingeht, war ursprünglich eine auf das chinesisch-japanische Verhältnis zugeschnittene Losung, die zum ersten Mal beim Japanbesuch des früheren KPCh-Generalsekretärs Hu Yaobang im November 1983 formuliert worden war. Damals hatten beide Seiten ein gemeinsames „Kommuniqué für die chinesisch-japanische Freundschaft bis ins 21. Jahrhundert hinein“ begründet.<sup>13</sup>

Es gehöre zu den Grundelementen „wechselseitigen Vertrauens“, daß kein asiatisch-pazifisches Land sich in Versuchung bringen lasse, regionale oder subregionale Hegemonial- oder Einflußsphären ins Auge zu fassen. Kein Land solle sich ferner an „irgendeinem militärischen Bündnis, das gegen ein anderes Land gerichtet ist“, beteiligen, noch dürften „auf ausländischem Territorium Militärstützpunkte errichtet oder dort Truppen stationiert“ werden. Territorial- und Grenzstreitigkeiten müßten prinzipiell durch friedliche Verhandlungen bereinigt und niemals dürfe mit Gewalt gedroht werden. Streitigkeiten seien, wenn sie sich momentan nicht einvernehmlich bereinigen ließen, so lange zurückzustellen, bis sich bessere Schlichtungsvoraussetzungen abzeichnen. Kein Land dürfe sich darüber hinaus am Rüstungswettlauf beteiligen. Die militärischen Kapazitäten eines Landes sollten niemals über das Niveau legitimer Verteidigungsbedürfnisse hinausgehen. Atomwaffenbesitzer (gemeint war hier China!) trügen eine besondere Verantwortung – und die Pflicht, auf Abrüstung zu pochen. Vermieden werden müsse nicht zuletzt auch jede Art von Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

#### 2.2.2.1.3

##### Unspezifische Sicherheitsaspekte: Ökonomisierung, Regionalisierung, Konfliktentschärfung

Geschockt durch die weltweite Empörung über das Tiananmen-Massaker von 1989 hatte die VR China eine höchst einfühlbare außenpolitische Umkehr vollzogen – und damit gleichsam „Außenpolitik im Büßerhemd“ betrieben: als wollten Partei und Regierung die „Ereignisse“ von damals wiedergutmachen und ihr Gesicht möglichst schnell wiederherstellen, ließen sie nichts unversucht, um langjährige Konflikte (z.B. mit Vietnam, Indien und Indonesien) zu entschärfen, in der UNO möglichst reibungslos und „ideologiefrei“ mitzuarbeiten (Golfkrieg, Kambodscha) und überhaupt „Ordnung“ im internationalen System zu einem chinesischen Hauptanliegen zu erklären.

Unter anderem trat China am 9. März 1992 auch dem Atomwaffensperrvertrag bei<sup>14</sup> und unterzeichnete am 13.1.93 die „Konvention zum Verbot chemischer Waffen“, dem bis dahin insgesamt 126 Länder beigetreten waren.<sup>15</sup>

Erstaunt konnte die westliche Welt in den 90er Jahren zur Kenntnis nehmen, daß das 1989 noch so emotional verabscheute China mittlerweile eine durchaus „vernünftige“, d.h. konstruktive und friedensfördernde außenpolitische Linie eingeschlagen hatte, die unendlich weit von dem entfernt war, was noch zu Lebzeiten Maos vor allem die asiatischen Nachbarn beunruhigt hatte.

Revolutionäre Ziele, Linke Strategien und „Einkreisungs“-Konzepte waren jetzt wie vom Tisch gefegt. Offensichtlich setzte das geläuterte Beijing nun auf drei große Entwicklungen, die sich zu Beginn der 90er Jahre weltweit abzuzeichnen begannen, nämlich auf Ökonomisierung, Regionalisierung und außenpolitische Stabilisierung:

#### 2.2.2.1.3.1

##### „Ökonomisierung“ der Außenpolitik

Seit die Wirtschaft 1989, vor allem aber beim XIV. Parteitag (1992) zum „Zentrum“ (*yi ge zhongxin* [21]) erklärt worden war, begann der „Primat der Wirtschaft“ auch die Außenpolitik zu übergreifen. Entsprechend den Leitbegriffen „Strukturreformen nach innen, Türöffnung nach außen“ wurden ausländische Kapitalgeber eingeladen, sich am Aufbau chinesischer Betriebe, an der Modernisierung der Infrastruktur und an der schrittweisen Erschließung des Landes von Süd nach Nord und vom östlichen Küstengebiet zum westlichen Binnenland hin zu beteiligen.

In den 80er und 90er Jahren kamen noch weitere Lösungen hinzu, nämlich „Frieden und Entwicklung“, „Multipolarisierung“, vor allem aber die Einsicht, daß die Welt immer schneller zusammenwächst, also interdependenter wird.

Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man der Öffnung und „Ökonomisierung“ Chinas für die Globalisierung einen ähnlichen Stellenwert zumißt wie dem Kollaps des Sowjetimperiums, dem Ende des Bilateralismus, dem Aufkommen der neuen Kommunikationstechnologien und der „WTO-isierung“.

China hat erkannt, daß es von den Chancen der Globalisierung profitieren (und bis zum Jahr 2020 mit seinem BIP vielleicht sogar die USA übertrumpfen) kann, falls es sich den multilateralen Spielregeln unterwirft, also nicht nur für eine „friedliche Umgebung“ sorgt, sondern überdies auch den WTO-Kodex akzeptiert, wenn es also auch

<sup>12</sup>XNA, 18.8.92.

<sup>13</sup>C.a., 1983/11, Ü 2.

<sup>14</sup>C.a., 1992/3, Ü 6.

<sup>15</sup>XNA, 15.1.93.

in der täglichen Praxis mit seiner eigenen Leitlinie ernst macht, die seit den 80er Jahren ja bekanntlich – und schon fast sprichwörtlich – „Friede und Entwicklung“ (*heping yu fazhan* [22]) heißt.

Die OECD hat in einer Langzeitstudie, die 1996 unter dem Titel „Die Welt im Jahre 2020“ erschien, zwei „plausible Szenarien“ entworfen, von denen das eine im wesentlichen von der Fortschreibung des Status quo („Business as usual“) ausgeht (danach nähme die Weltproduktion zwischen 1995 und 2020 um das Doppelte und die Pro-Kopf-Produktion um 50% zu), das andere aber eine konsequente Steigerung des weltweiten Wettbewerbs und der Entstehung von Informationsgesellschaften („High Performance“) zugrundelegt. Im letzteren Fall könnte sich die Weltproduktion um das annähernd Zweieinhalbfache erhöhen und die Pro-Kopf-Leistung, als Maßstab des Wohlstands, sich um 140% steigern.

Die chinesische Führungselite ist offensichtlich beinahe unterschiedslos bereit, alle hier aufgezeigten Herausforderungen – und Chancen – anzunehmen. Auch „Bedenken-träger“ melden sich hier kaum zu Wort: Arabesken der westlichen Diskussion wie die Thesen vom „Ende der Arbeit“ oder von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ werden so gut wie nicht erörtert. Die gewaltige Arbeitslosigkeit der Volksrepublik wird auf andere Ursachen als auf den Globalisierungsdruck zurückgeführt.

Mit Genugtuung nimmt man in Beijing überdies zur Kenntnis, daß China von der Weltbank sowie vom IWF jenen „Großen Fünf“ zugerechnet wird, die einerseits mit zu den bevölkerungsreichsten (jeweils über 100 Mio. Einwohner zählenden), gleichzeitig aber auch mit zu jenen wirtschaftlich vielversprechenden Staaten gehören, denen die Fähigkeit zugetraut wird, im 21. Jh. eine weltwirtschaftliche „Lokomotiven“-Rolle zu übernehmen, nämlich Indien, Indonesien, Rußland, Brasilien und, eben, China.

Die seit Mitte der 90er Jahre zu 40% von der Außenwirtschaft abhängige Volksrepublik ist angesichts solcher Perspektiven auch bereit, sich sowohl in die (noch weitgehend unvollendete) internationale (und asiatische) Sicherheitsarchitektur als auch in Wirtschaftsverflechtungen einbinden zu lassen: Mit Sicherheitsarchitektur im asiatischen Raum ist hier vor allem die UNO mit ihren Unterorganisationen und die ARF gemeint, mit Wirtschaftsverflechtungen aber die Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank, AEB und APEC.

Der Gedanke an militärische Lösungen, wie er im Zeichen des Koreakriegs und der beiden Indochinakriege, also in den 50er und 60er Jahren noch höchst lebendig war, ist im Zeichen der wirtschaftlichen Modernisierung so weit in den Hintergrund getreten, daß es bisweilen scheint, als habe es ihn nie gegeben!

### 2.2.2.1.3.2

#### Regionalisierung und Multipolarisierung

Hand in Hand mit der zunehmenden „Verwirtschaftlichung“ haben sich die Ausdrücke „Regionalisierung“ (*qiyu jituanhua* [23]) und „Multipolarisierung“ (*duojihua* [24]) zu Lieblingsbegriffen der Beijinger Außenpolitik entwickelt. Regionalisierung und Multipolarisierung hängen eng miteinander zusammen, da sie nicht nur, wie es heißt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit beschleunigten, sondern gleichzeitig auch neuen Hegemonisierungsversuchen im Wege stünden. Kein Wunder, daß mittlerweile fast alle Regionalisierungsansätze, angefangen von der ASEAN über die EU bis hin zur SARC (South Asian Regional Cooperation) und NAFTA den ungeteilten Beifall der VRCh finden.

Die Fähigkeit zur „PoF-Bildung, d.h. das Vermögen eines Mitglieds der Völkergemeinschaft, Kräfte zu bündeln, hängt nach reformerischer Auffassung mittlerweile hauptsächlich vom wirtschaftlichen Vermögen ab<sup>16</sup> – und keineswegs mehr vom Besitz der Atombombe, von militärischer Stärke oder gar von revolutionärem Charisma.

Auch wenn es gegenwärtig noch besonders starke Mitglieder gebe, so bestehe angesichts der „Globalisierung der Produktion“ (*shengchan quanqiuhua* [25]) und der „Internationalisierung des Kapitals“ (*ziben guojihua* [26]) langfristig doch die Tendenz zur Herausbildung eines neuen multipolaren „Kräftegleichgewichts“ (*lilian gduibi* [27]).

War die alte Weltordnung, chinesischer Auffassung zufolge, noch durch Hegemonismus und Machtpolitik gekennzeichnet, so stehe das neu heraufziehende Geschehen unter dem Siegel der Zusammenarbeit und der Gegenseitigkeit, werde also durch Grundsätze bestimmt, wie sie in den „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ bereits enthalten seien.<sup>17</sup>

### 2.2.2.1.3.3

#### Stabilisierung und Konfliktentschärfung

Im Zuge wachsender Interdependenz lassen sich aus chinesischer Sicht auch an der Sicherheitsfront mittlerweile überall Entspannungssymptome ausmachen. So gehört denn auch die noch auf Mao zurückgehende These von der Unvermeidbarkeit des Kriegs zu jenen Irrtümern, über die das Rad der Geschichte längst hinweggerollt ist.

Wie schnell sich „Asien“ in der zweiten Hälfte des 20. Jh. stabilisieren konnte, wird vor allem anhand eines Vergleichs zwischen den 70er und den 90er Jahren aufs anschaulichste deutlich: Noch in den 70er Jahren hatte es Spannungen zwischen China und der Sowjetunion um Afghanistan, um Indochina und im gemeinsamen Grenzgebiet gegeben; Vietnam, Kambodscha und Ostlaos waren bis 1973 Austragungsort des Zweiten Indochinakriegs gewesen; 1975 hatte die Ho-Chi-Minh-Kampagne Nordvietnams gegen den Süden stattgefunden und gleichzeitig war Kambodscha von den Roten Khmer erobert und in ein einziges Konzentrationslager verwandelt worden; China hatte 1979 einen „Erziehungsfeldzug“ gegen Vietnam durchgeführt und damals auch noch zahlreiche Guerillaabewegungen in südostasiatischen, vor allem aber in den drei indochinesischen Staaten unterstützt. Darüber hinaus hatte es zwischen den beiden größten asiatischen Staaten, China und Indien, damals noch fortdauernde Spannungen im beiderseitigen Grenzgebiet gegeben und auch in Birma hatte der Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und aufständischen Minoritäten kein Ende nehmen wollen.

In den 90er Jahren ist die einstige sinosowjetische Konfrontation einer „Strategischen Partnerschaft“, der Zweite Indochinakrieg einem Aufbaukurs (im Sinne „sozialistischer Marktwirtschaft“) und der indisch-chinesische Grenzkonflikt einer Status-quo-Vereinbarung gewichen.

Geblieben sind nur noch Restkonflikte, vor allem in Korea, in Birma und im Südchinesischen Meer. Unter chinesischer Mithilfe könnte sich aber auch hier bald ein friedlicher Ausgleich einstellen.

Auch der „Wettkampf der Systeme“, der die Stabilität auf dem asiatischen Kontinent so lange bedroht hatte, findet mittlerweile kaum noch statt. Einerseits nämlich hat der Realsozialismus als erstrebenswerte Alternative längst

<sup>16</sup>Näheres dazu C.a., 1992/2, S.95.

<sup>17</sup>Dazu Du Gong, „Dui zhuanhuan zhong shijie gequde jidian kanfa“ (Einige Ansichten über Weltmuster im Wandel) in: *Guoji Wenti Yanjiu*, 1991/4, S.1-6.

ausgedient: niemand käme heute noch ernsthaft auf die Idee, nach Moskau, Hanoi oder nach Beijing zu blicken, um sich dort „sozialistische“ Anregungen zu holen. Mittlerweile hat aber auch das Modell der westlich beeinflussten „Drachen“ und „Tiger“ an Attraktivität verloren, und zwar hauptsächlich im Zeichen der 1997 ausgebrochenen „Asienkrise“.

Das reformerische China war also gut beraten, einen „dritten Weg“ zu beschreiten, nämlich den Pfad der „sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischer Einfärbung“, der, bei genauerem Hinsehen, jenem „kapitalistischen Weg“ Taiwans ähnelt, wie er von der Volksrepublik jahrzehntelang so engagiert bekämpft worden war.

Es ist bezeichnend für die chinesische Außenpolitik, daß sie versucht, das neuentdeckte Modell als Muster auch für eine Neuordnung Asiens zu instrumentalisieren – und damit einen Stabilisierungsbeitrag zu leisten, stets nach der Losung „gesunde Wirtschaft: heile Politik“. Vielleicht ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß Asien nach all diesen Wandlungen im 21. Jh. zum friedlichsten aller Kontinente wird.

#### 2.2.2.1.3.4

##### Gibt es noch Sicherheitsbedrohungen?

Solange die Welt noch den Gesetzen des Bilateralismus gehorchte, glaubte die Volksrepublik, sich nach zwei Seiten hin verteidigen zu müssen, nämlich gegen den „US-Imperialismus“ und gegen den „Sowjethegemonismus“.

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahre 1991 hat sich eine dieser Fronten buchstäblich in Nichts aufgelöst, insofern nämlich der Hauptnachfolgestaat der Sowjetunion, die Russische Föderation, nicht mehr als Feind, sondern gerade umgekehrt als „Partner“ betrachtet wird.

Um so stärker glaubt sich Beijing mittlerweile von der anderen Seite her bedroht, nämlich der einzig noch verbliebenen Supermacht, den USA, die, wie Beijing meint, immer noch nach „Einflußsphären“ (*shili fanwei* [28]) im chinesischen Umfeld trachtet, die auf eine Politik des „Teile und Herrsche“ (*fen er zhi zhi* [29]) hinauswill, die mit „trojanischen Pferden“ (*teluoyi muma* [30]) laboriert oder die versucht, sich unter Vorwänden aller Art in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Einer dieser Vorwände ist die modifizierte „Dominotheorie“ (*duominuo gupai lilun* [31]), derzufolge China als Gefahrenherd dargestellt wird, so wie dies einst, in den 50er und 60er Jahren, noch beim gesamten Ostblock der Fall gewesen war!

Als besonders beunruhigend wird aus Beijinger Sicht das Szenarium eines amerikanisch-japanischen Containment-Bündnisses empfunden, das, wie man mißtrauisch meint, vor allem 1997/98 neue Formen angenommen hat: unterzeichneten Japan und die USA doch am 28. April 1998 eine neue Sicherheitsvereinbarung, die eine angeblich nur logistische, in Wirklichkeit aber wohl weiterreichende Zusammenarbeit beider Mächte bei Konfliktfällen im „Gebiet um Japan“ („in the area surrounding Japan“) vorsieht.

Japan hatte Absichten dieser Art bereits in Form neuer „Verteidigungsrichtlinien“ im September 1997 bekundet – und damit sowohl bei China als auch bei Korea spontane Proteste ausgelöst, da die diffuse geographische Anspielung auf die „Umgebung Japans“ ja auf Konflikte um Taiwan (sowie in Korea) hindeuten schien.

Die neuen Vereinbarungen von 1998 sollten alte Abmachungen aus dem Jahre 1978 ersetzen. Nach der Neuabsprache steht Japan den US-Streitkräften vor allem logistisch zur Seite, wobei die Marine des Inselbereichs auch in internationalen Gewässern tätig werden soll, z.B.

bei der Minensuche, bei Evakuierungen oder bei Verwundetentransporten. Notfalls dürften amerikanische Einheiten auch Zivilflughäfen oder Stützpunkte der japanischen Selbstverteidigungskräfte benutzen, hieß es. Eine Entsendung japanischer Kampfeinheiten – und der Transport von Waffen – ist allerdings auch im neuen Sicherheitsabkommen nicht vorgesehen, da die japanische Verfassung den Wirkungsbereich des Militärs auf die Verteidigung des Inselreichs selbst beschränkt.

Beijing reagierte bereits auf die Ankündigung vom September 1997 mit Empörung und stellte – in einem geharnischten Kommentar der *Volkszeitung*<sup>18</sup> zwei Fragen, nämlich *von wem* sich Japan in der Region bedroht fühle und was, zweitens, unter *Umgebung Japans* zu verstehen sei: etwa auch Taiwan?

Allerdings muß die chinesische Führung gewußt haben, daß die Neufassung offensichtlich durch Zwischenfälle in der Straße von Taiwan veranlaßt worden war, die bekanntlich auf das Konto der VRCh gingen: Am 8. März 1996 hatte die VBA dort mehrere Raketen unweit der Zufahrten zu den beiden wichtigsten taiwanesischen Häfen, Jilong und Gaoxiong, einschlagen lassen – allerdings ohne scharfe Ladung. Anlaß für Drohgebärden dieses Kalibers waren die auf Taiwan für den 23. März 1996 anberaumten Wahlen gewesen, bei denen das Staatsoberhaupt – zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte! – direkt vom Volk gewählt und damit ein weiteres Signal für die Unabhängigkeit Taiwans gegenüber dem Festland gegeben wurde.

Japan hatte damals mehrere Male gegen Beijing protestiert, die US-Macht sogar Teile ihrer 7. Flotte anrücken lassen.<sup>19</sup>

Keine Sorgenfalten auf der chinesischen Stirn hat andererseits die Aussöhnung zwischen Tokyo und Moskau hervorgerufen, die mit dem Besuch des japanischen Verteidigungsministers Usue im April 1996 begann. Offiziell hatten sich beide Seiten bis dahin – und zwar seit 1945 – im Kriegszustand miteinander befunden.

Die „partnerschaftliche“ Annäherung zwischen China und Rußland, die Einbeziehung Rußlands in den G7-Gipfel und die Hoffnung, Moskau werde Japans Bemühen, Ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat zu werden, unterstützen, hatten Tokyo über den eigenen Schatten springen – und auf Moskau zugehen – lassen, obwohl die Frage der vier Nordkurileninseln, die von der Sowjetunion 1945 okkupiert worden waren, immer noch ungelöst ist. Rußland andererseits erhofft sich von Japan wirtschaftliche Unterstützung – und Rüstungsaufträge.<sup>20</sup>

Beijing hat diese Annäherung aufmerksam beobachtet und ist offensichtlich zur Schlußfolgerung gekommen, daß sie kein sicherheitspolitisches Risiko für China bedeute.

Auch von *Indien* her drohten lange Zeit keine Gefahren für die chinesische Sicherheit – eher war das Gegenteil der Fall, wie die indischen Reaktionen auf die enger werdende Zusammenarbeit zwischen China und Birma zeigen: Der Bau strategischer Straßen von China nach Myanmar und vor allem die angeblich „strategische Zusammenarbeit“ zwischen Rangun/Yangon und Beijing, die darin besteht, daß Myanmar (als Gegenleistung für großzügige Wirtschaftshilfe) den Chinesen einen „Horchposten“ im Golf von Bengalen, und zwar im Bereich des Irrawaddy-Deltas sowie im südbirmanischen Hafen von Mergui, ein-

<sup>18</sup>RMRB, 25.9.97.

<sup>19</sup>Näheres dazu in C.a., 1996/3, S.252.

<sup>20</sup>Dazu C.a., 1996/6, Ü 1.

geräumt hat, sind immer wieder Gegenstand besorgter indischer Kommentare.<sup>21</sup>

Eine neue Gefahr hat sich, aus der Sicht Beijings, mittlerweile dadurch zusammengebraut, daß Indien im Mai 1998 nacheinander mehrere unterirdische Atomtests durchführte – und Pakistan daraufhin mit einer eigenen Testserie nachzog,<sup>22</sup> wobei die Vermutung naheliegt, daß China seinem guten alten Verbündeten Pakistan seit Jahren bei der Nachrüstung behilflich gewesen war.

## 2.2.2.2

### Wiedervereinigung und Irredenta

#### 2.2.2.2.1

##### Die chinesische Ökumene

Im Gefolge der japanischen Kapitulation von 1945, vor allem aber des Bürgerkriegs von 1946-49 hatten sich im ostasiatischen Raum „drei Chinas“ herausgebildet, wie sie sich unterschiedlicher kaum denken lassen – hier die Volksrepublik mit ihren revolutionären Ambitionen und ihrer sozialistischen Kommandowirtschaft, dort das Laissez-faire-System Hongkongs mit seinem „aktiven Nicht-Interventionismus“ und dazwischen das „neoautoritäre“ Taiwan mit seinem Mischsystem von Plan- und Marktwirtschaft.

Im Verlauf von dreieinhalb Jahrzehnten jedoch rückten diese einander ursprünglich so fernen Planeten immer näher aneinander heran, bis sie schließlich – unter Rückbesinnung auf gemeinsame Traditionen – Ähnlichkeiten, ja Identitäten zu entwickeln begannen, und zwar nach dem „3-3-6-Schema“,<sup>23</sup> wobei die Volksrepublik – immer noch traumatisiert von den wirtschaftlichen Rückschlägen der Mao-Zeit – die Rolle des Nachahmers, Hongkong und Taiwan aber die des Vorbilds übernahmen. Die VRCh begab sich hier also in die Nachfolge der drei in Hongkong und Taiwan so bewährten Faustregeln (wirtschaftliche Stromlinienförmigkeit, Exportorientierung, Korporatismus), der drei Eingaben (in die Wirtschaft und in den Menschen, allerdings noch kaum in die Umwelt) und jener sechs klassischen Verhaltensregeln, die für metakonfuzianische Kulturen so typisch sind, deren Entfaltung allerdings jahrzehntelang durch die maoistische Inquisition unterdrückt worden war – in Stichworten: Leistung, Lernethik, Stabilitätsbewußtsein, Risikobereitschaft, Tabufreiheit und Netzwerkdanken.

Mit dieser vor allem in den späten 80er Jahren erfolgten Modellangleichung ging die Intensivierung der Wirtschaftsverflechtungen zwischen den „drei Chinas“ Hand in Hand, vor allem zwischen Hongkong und der VRCh, aber auch zwischen den *liang an* [32], d.h. den „beiden Ufern“ (diesseits und jenseits der Taiwanstraße):

Zu Beginn der 90er Jahre war Hongkong längst die Nr.1 unter Chinas ausländischen Wirtschaftspartnern und hatte sich überdies zur Hauptdreh Scheibe für Kredit- und Geschäftsvermittlungen entwickelt. Während sich diese Kontakte fast ausnahmslos *direkt* abspielten, waren die Wirtschaftsbeziehungen über die Taiwanstraße hinweg lediglich *indirekter* Art, obwohl sie an Umfang denjenigen Hongkongs kaum nachstanden. Dies wiederum hatte zur Folge, daß ein Großteil des „Hongkonger“ Chinageschäfts in Wirklichkeit aus taiwanischen Warenströmen bestand und daß sich hier nirgends mehr eine präzise Trennung hätte durchführen lassen.

In den 80er und 90er Jahren kam es zwischen den verschiedenen chinesischen Regionen ferner zu einer veritablen Großraumbildung, die sich allerdings nicht formell und vertraglich, sondern informell, d.h. mit Hilfe von Personalnetzwerken ereignete, wobei der Prozeß spiralförmig verlief: Beginnend bei „Greater Hongkong“ (umfassend die damalige Kronkolonie mit Teilen des Guangdonger Hinterlands), sich fortsetzend über „Greater Southeast China“ (vor allem in den südostchinesischen Küstenbereichen) und sich vollendend in einem „Greater China“, das nun zusätzlich auch noch Taiwan und größere Teile der Huaren-Gemeinden in Südostasien sowie in den zirkumpazifischen Bereichen miteinbezog, und das auch schon bald unter der chinesischen Bezeichnung *Zhonghua jingji gongtongti* [33] („großchinesisches Wirtschaftsgebilde“) Furore machte.

Zusammengehalten wurden diese Gebiete – oder besser: das Auslandschinesentum in diesen Bereichen – durch wachsende Waren- und Investitionsströme, und durch die bereits erwähnten personellen Netzwerke, nicht zuletzt aber auch durch ein auf vielfältigen wechselseitigen Informationen beruhendes, von Flexibilität bestimmtes Wirtschaftshandeln, das dem Prinzip des *qian dian hou chang* [34] („vorne der Laden, hinten die Fabrik“) folgte: Der „Laden“ mochte hierbei in Taibei, Singapur oder Hongkong stehen, die Fabrik aber „wanderte“ über die südostasiatische Landkarte hinweg – stets auf der Suche nach den günstigsten und vor allem preiswertesten Produktionsmöglichkeiten. Auch die WSZn (Wirtschaftssonderzonen) der Volksrepublik – und schließlich ganze festländische Küstenbereiche – wurden in diesen Arbeitsteilungsprozessen miteinbezogen.

So reibungslos sich die Waren- und Touristenströme zwischen Taiwan und dem Festland via Hongkong auch immer entwickelten, so starr blieben andererseits die *politischen* Fronten.

#### 2.2.2.2.2

##### „Staaten“ und „Systeme“, Apologetik und Pragmatik

#### 2.2.2.2.2.1

##### Das SVZ-Konzept

Entlang der chinesischen Küste, nicht zuletzt aber auch in *Nanyang*, gab es aus der Sicht Beijings viele Jahre hindurch „abtrünnige“, „kolonisierte“ und periphere „Gebilde“ und „Gemeinden“, deren Zugehörigkeit so schnell wie möglich geklärt werden sollte: Was das Trio Taiwan, Hongkong und Macao anbelangt, so stand ihre Zugehörigkeit zur VR China aus Sicht der Beijinger Führung von Anfang an außer Zweifel. Wie aber sollten „Gebilde“ vom Rang Singapurs sowie der vielen Huaren-Gemeinden behandelt werden, die einerseits zwar zur Heimat vieler Millionen Chinesen, andererseits aber auch zu festen Bestandteilen der im Entkolonialisierungsprozeß entstandenen neuen Nationen geworden waren?

Im vorliegenden Zusammenhang sollen zunächst nur Taiwan, Hongkong und Macao betrachtet werden. Das Huaren-Problem ist weiter unten (2.2.2.4) zu beleuchten.

Hongkong stand seit 1945, d.h. seit dem Ende der japanischen Besatzung, wieder unter britischer Herrschaft, Macao wurde von Portugal aus regiert und auf Taiwan hatte sich die frühere Regierung der „Republik China“ niedergelassen, die Taibei lediglich als provisorische, Nanjing aber als eigentliche Hauptstadt betrachtete und die sich ein alles überragendes Ziel gesetzt hatte, nämlich

<sup>21</sup>Im einzelnen dazu C.a., 1993/5, Ü 2; 1994/4, Ü 2 und 1996/1, Ü 3.

<sup>22</sup>Dazu Thema in C.a., 1998/6, S.524-527.

<sup>23</sup>Näheres dazu C.a., 1997/6, S.546 ff.

die Mission des *guangfu dalu* [35], d.h. der „glanzvollen Rückeroberung des Festlands“.

Wenn es für Beijing in dieser Situation Anlaß zu einer gewissen Beruhigung gab, so war es ein Blick auf die Geschichte des Reichs der Mitte, in deren Verlauf Spaltungen ja nicht gerade zu den Seltenheiten gehört hatten: In den 3.000 Jahren seit Beginn der Zhou-Dynastie (11. vorchristl. Jh.) war das Land immerhin rund 1.500 Jahre lang zersplittert gewesen, meist in zwei oder drei, manchmal aber auch in fünf oder gar sieben Teile. Spaltungen dieser Art hatten sich nach geographischen (Nord/Süd), manchmal aber auch nach dynastischen (Yuan/Song) Gesichtspunkten vollzogen. Letztlich hat das Land aber trotz aller Risse immer wieder zu einer Einheit zusammenfinden können, obwohl die Gesellschaft – ähnlich wie beispielsweise der hinduistische Kosmos – höchst zellular aufgebaut ist; im Gegensatz zu den hinduistischen Jati sind die Einzelzellen in China aber nicht heterogen, sondern homogen aufgebaut, so daß sie auch nach einem längeren Zerfall wieder paßgenau zusammenfinden können. Von objektiven Gegebenheiten dieser Art einmal abgesehen, ist ein in mehrere Staaten aufgespaltenes China aber auch mit dem traditionellen, durch Jahrhunderte der Geschichtsschreibung gepflegten Selbstverständnis nicht vereinbar.

Überdies waren die KPCh und die Guomindang, also die beiden diesseits und jenseits der Taiwanstraße dominierenden politischen Parteien bei aller Todfeindschaft doch wenigstens darin einer Meinung, daß ihr Kampf nicht um die Anerkennung *zweier* Chinas, sondern lediglich um die Frage der legitimen *Vertretung* des von beiden Regierungen als *Einheit* postulierten China ging.

Neben Taiwan war auch die „Heimkehr“ Hongkongs und Macaos für die Beijinger Führung nicht eine Frage des Ob, sondern lediglich des Wann. Allerdings richteten sich die Wiedervereinigungsbestrebungen lange Zeit fast ausschließlich auf Taiwan, und zwar nicht nur zur Zeit Mao Zedongs, als dem Taiwan-Problem ein ähnlicher Stellenwert eingeräumt wurde wie der Wiedervereinigungsfrage in der Politik Konrad Adenauers; auch für Deng Xiaoping hatte die „Heimkehr“ Taiwans – neben der Modernisierung Chinas – mit zu den obersten Prioritäten gehört, ehe dann, beginnend mit dem Jahr 1984, plötzlich Hongkong an Taiwan vorbeizuziehen begann.

Im Zeitalter Mao Zedongs waren Wiedervereinigungsfragen noch häufig von militärischen Drohungen – und Aktionen (1950, 1954, 1958 und 1962) begleitet worden.

Mit dem Beginn des reformerischen Zeitalters begann sich auch hier die Tonlage grundlegend zu ändern: Zwar wollte Beijing offiziell nicht a priori auf militärische Aktionen verzichten (für den Fall z.B., daß sich Taiwan offiziell für unabhängig erklärte, daß es dort zu politischen Aufständen käme oder daß die dortigen Selbständigkeitsbestrebungen die Toleranzschwelle der VR China überstiegen), doch kam es nach 1978 kaum noch zu Militäraktionen, die denen der Jahre 1954 oder 1958 auch nur von ferne vergleichbar gewesen wären, sieht man einmal von den „Militärmanövern“ und von den Raketenscheinmanövern im März 1996 ab, zu denen sich Beijing „genötigt“ sah, nachdem Taiwan (übrigens zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte!) sein Staatsoberhaupt durch direkte Wahlen bestimmt hatte. Doch auch die daraufhin einsetzenden Drohgesten erwiesen sich – ex post betrachtet – eher als Theaterdonner.

Da in der chinesischen Politik das Vokabular immer schon eine beträchtliche Rolle gespielt hatte, war es für den Wandel der Beijinger Taiwanpolitik durchaus bezeichnend, daß die viele Jahre lang benutzte *jiefang* [36] („Be-

freiungs“) -Formel seit Reformbeginn durch den Terminus *tongyi* [37] („Vereinigung“) ersetzt wurde.

In drei Etappen, gerechnet vom Dezember 1978 an, begannen die Reformer darüber hinaus ein auf die „Wiedervereinigung“ zugeschnittenes „völkerrechtliches“ Instrument zu entwickeln, das schließlich unter der Bezeichnung *yi guo liang zhi* [38] („ein Land, zwei Systeme“) Geschichte machen sollte.

Bereits beim 3. Plenum selbst hatte Deng einem Korrespondenten der *Washington Post* mitgeteilt, daß Taiwan im Falle einer friedlichen Wiedervereinigung sein nichtsozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beibehalten dürfe. Seit damals tauchte auch nirgends mehr die Forderung nach einer „Befreiung Taiwans“ auf. Bezeichnenderweise war die „Beibehaltungs“-Formel fast ausschließlich im Hinblick auf Taiwan erfunden worden. Niemand hätte sich anfangs träumen lassen, daß sie zuerst (nämlich seit 1997) an Hongkong erprobt würde.

Eine zweite Etappe begann am 10. Oktober 1981, als der damalige Vorsitzende des NVK, Ye Jianying (aus Anlaß der 70-Jahr-Feiern zum Sturz der Qing-Dynastie), den „Landsleuten auf Taiwan“ einen Neun-Punkte-Vorschlag unterbreitete, demzufolge Taiwan im Falle einer Wiedervereinigung die Position eines „Sonderverwaltungsgebiets mit hoher Autonomie genießen und obendrein seine eigenen Streitkräfte behalten“ dürfte. Die Zentralregierung werde sich nicht in die lokalen Regierungsangelegenheiten Taiwans einmischen. Außerdem sollte es Änderungen weder an der Gesellschaft, am Wirtschaftssystem und an der Lebensweise noch an den wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen Taiwans zum Ausland geben. Auch das Privateigentum an Grund und Boden, das Recht auf Betriebseigentum und das Erbrecht sollten geschützt bleiben – ebenso die ausländischen Investitionen.

Im Januar 1982 setzte Deng Xiaoping zwischen den „Neun-Punkte-Vorschlag“ und die Formel *yi guo liang zhi* ein Gleichheitszeichen. Damit war der Begriff für den offiziellen Gebrauch kanonisiert worden. Im Juli 1983 erklärte Deng, daß Taiwan auch in der Gerichtsbarkeit unabhängig und daß daher auch Entscheidungen letzter Instanz in Taiwan verbleiben sollten. Die Volksrepublik plane, im Falle einer Wiedervereinigung weder Truppen noch Verwaltungspersonal nach Taiwan zu entsenden. Außerdem würden der Insel Taiwan innerhalb der Beijinger Zentralregierung bestimmte Ämter eingeräumt.

Die dritte Etappe setzte mit den Verhandlungen um die Rückgabe Hongkongs ein, die 1984 begannen und in deren Verlauf nun plötzlich Hongkong ins Scheinwerferlicht des Konzepts *yi guo liang zhi* rückte. Immer wieder betonte Beijing seither, daß die Rechte Taiwans im Falle einer Wiedervereinigung noch weit über all jene Autonomiebefugnisse hinausreichen sollten, die der SVZ (Sonderverwaltungszone) Hongkong mit dem 1. Juli 1997 eingeräumt würden.<sup>24</sup>

#### 2.2.2.2.2

##### Hongkong und Macao

Die „Heimholung“ (*hui fu* [39]) des „duftenden Hafens“ (*Xianggang* [40]) am 1. Juli 1997, die mit gewaltigem zeremoniellem Aufwand gefeiert und per Fernsehen in alle Welt übertragen wurde, bedeutete für China eine tiefe Genugtuung, nachdem die einstige „Kronkolonie“ ja auf geradezu paradigmatische Weise aus dem Reich der Mitte herausgerissen worden war, und zwar in drei Etappen – die Insel Hongkong i.J. 1842, Jiulong/Kowloon i.J.

<sup>24</sup>Zum Werdegang des Konzepts BRU, 1988, Nr.1, S.14 f.

1860 und die New Territories i.J. 1898. Während die Insel sowie die Neun-Drachen-Halbinsel *auf ewig* an Großbritannien „verpachtet“ worden war, hatte sich das New Territories-Abkommen mit 99 Jahren begnügt. Ungeachtet aller diesbezüglichen juristischen Einwände Londons pochte die VRCh seit Beginn der bilateralen Verhandlungen auf ihren Standpunkt, daß im Jahr 1997 nicht nur die New Territories, sondern auch die beiden anderen Teile an China zurückgegeben werden müßten. Nach Marathonverhandlungen, die 22 Runden auf Botschafterebene durchliefen und vom Juli 1983 bis September 1984 dauerten, konnte die VR China ihren Willen in fast allen Punkten durch „pauken“.

Kurze Zeit später setzten auch Verhandlungen mit Portugal ein, die zu einer der chinesisch-britischen „Joint Declaration“ nachempfundenen Vereinbarung führten und in deren Gefolge die Übergabe Macaos auf das Jahr 1999 anberaumt wurde.

Als Hongkong an die VR China zurückging, war sich Beijing sehr wohl bewußt, daß vor allem die Augen der taiwanischen Öffentlichkeit fortan permanent auf Hongkong und die dortige volksrepublikanische Praxis gerichtet sein würden. Es galt hier also ein *yi-guo-liang-zhi*-Modell zu entwickeln, das auch für Taiwan attraktiv sein sollte.

Ganz in diesem Sinne war bereits am 4. April 1990 in Beijing ein „Grundgesetz“ (*jibenfa* [41]) verabschiedet worden, das aus 160 Paragraphen und drei Anhängen bestand und das der künftigen SVZ (Sonderverwaltungszone, *tebie xingzheng qu* [42]) ein, wie es hieß, „hohes Maß an Autonomie“ (*gaodu zizhi* [43], §2) einräumte: Aufrechterhalten werden sollten die bisherige Wirtschaftspolitik und der Freihandel (§116), eine eigene Hongkongwährung (§111) sowie überhaupt das ganze bisherige Finanzsystem – angefangen von der Börse über die Devisenpraktiken bis hin zu den Banken. Zu bewahren sei auch das eingefahrene Steuer- und Zollwesen (§§106-114), die Funktion Hongkongs als Verkehrsdrehscheibe, der Aufbau der Organe und die überkommene Kultur-, Religions- und Sozialpolitik (§§136 ff.). Ferner sollte das alte Recht weiterhin in Geltung bleiben (§8, 160) und Englisch als Amtssprache neben Chinesisch erhalten bleiben (§9). Hongkong sollte darüber hinaus seine eigenen Symbole (Flagge, Wappen) besitzen (§19) und international unter dem Namen „Hongkong, China“ auftreten dürfen (§§116, 151). Verschwinden sollten lediglich die britischen Hoheitszeichen, u.a. also z.B. das Bild der Königin von offiziellen Dokumenten und vom Hongkongdollar – eine „Gesichts“-Frage!

Erlaubt bleiben sollten ferner selbständige Außenbeziehungen im Wirtschafts-, Kultur- und Sportbereich, nicht jedoch in rein außenpolitischen Angelegenheiten, da hierfür die Volksrepublik als Gesamtsouverän zuständig war. Wohl aber könne, wie es hieß, Hongkong eigene Pässe und Visen ausstellen und außerdem die Einwanderungskontrolle gegenüber Bürgern der Volksrepublik China ausüben, um auf diese Weise der Übervölkerungsgefahr vorzubeugen (§154). Beijing dürfe im übrigen keine Steuern von Hongkong erheben (§106). Darüber hinaus könne die SVZ in eigenem Namen offizielle oder halboffizielle Wirtschafts- und Handelsvertretungen in anderen Staaten eröffnen (§156) und auf ihrem Gebiet ausländische Konsulate zulassen, wobei allerdings eine Genehmigung der zentralen Volksregierung einzuholen sei (§157).

Die Grenzen der Autonomie lagen, allgemein gesprochen, dort, wo die Zentralregierung Verteidigungs- und außenpolitische Interessen geltend machte. Vor allem sollte die Volksrepublik künftig Soldaten der VBA in der ein-

stigen Kronkolonie stationieren dürfen, für deren Unterhaltung Beijing jedoch selbst aufkommen wolle.

Wie nun wurden diese „grundgesetzlichen“ Bestimmungen in die Praxis umgesetzt? Als die Behörden der SVZ, Beijinger Medienvertreter und westliche Beobachter am 1. Juli 1998 zum ersten Mal ein umfassendes Resümee zogen und auf „ein Jahr Heimkehr“ zurückblickten, konnten sie ein höchst gemischtes Bild ausmalen: Einerseits waren jene fünf konkreten Befürchtungen, die im Vorfeld der Übergabe immer wieder geäußert worden waren, nämlich „Kapitalflucht“, „Brain drain“, „Verlust an Wettbewerbsfähigkeit“, „Einschränkungen der Presse- und Demonstrationstfreiheit“ sowie „Shanghaiisierung“ nicht bestätigt worden – zumindest nicht als unmittelbare Folge der „Übergabe“:

So erwiesen sich beispielsweise die ersten drei Befürchtungen als gegenstandslos; soweit nämlich Verluste eingetreten waren, die *prima facie* zu den Ängsten paßten, hatten sie sich nicht im Gefolge der „Heimholung“, sondern der „Asienkrise“ ereignet, die mit der „Rückkehr ins Vaterland“ nichts zu tun hatte – zumindest nicht im Sinne eines *westlichen* Kausalitätsbegriffs! Auch bei Fortdauer des alten Status als Kronkolonie wären diese Schäden um keinen Deut geringer ausgefallen.

Die weitere Befürchtung, daß Hongkong „shanghaiisiert“ werden könne, hatte sich ebenfalls nicht bestätigt; vielmehr waren ganz im Gegenteil noch zusätzliche Bereiche Südostchinas „hongkongisiert“ worden.

Auch die Demonstrations- und Pressefreiheit hatte nur wenig gelitten, wie vor allem zwei Anlässe zeigten, nämlich erstens die machtvolle Kundgebung zum 9. Jahrestag des Tiananmen-Massakers am 4. Juni und, zweitens, die Ergebnisse zu den Parlamentswahlen vom 24. Mai 1998. Obwohl das Grau, in das die lebenslustige Stadt seit dem Aktien- und Arbeitsplätzeverfall vom Herbst 1997 hineingeraten war, nichts mit der „Heimkehr“ zu tun hatte, erteilten die Wähler der Beijinger Politik bei diesen Wahlen einen kräftigen Denkmittel, indem sie nämlich auf die 20 direkt durch Wahlen zu vergebenden Parlamentssitze 13 Vertreter beijingkritischer Parteien und zwei Unabhängige wählten. Wenn immerhin wenigstens *eine* beijingfreundliche Partei, nämlich die „Demokratische Allianz für ein besseres Hongkong“ ebenfalls fünf Sitze erringen konnte, so deswegen, weil sie sich in erster Linie als Partei der „kleinen Leute“ zu präsentieren wußte – und *aus diesem Grund* die Wählergunst auf sich ziehen konnte.<sup>25</sup>

Im Zusammenhang mit diesem Wahlergebnis begannen sich zwei zukunftssträchtige Tendenzen abzuzeichnen: Erstens nämlich machte sich vom Augenblick der Stimmenausschüttung verstärkter Druck auf eine schnellere Demokratisierung bemerkbar – und dies, obwohl nach den Bestimmungen des Hongkonger Grundgesetzes eine voll-demokratische Direktwahl aller 60 Abgeordneten des Legislativrats eigentlich erst ab 2004, die des Gouverneurs sogar erst ab 2007 möglich ist.

Zweitens zeichnen sich im Gefolge der Wahlen Möglichkeiten ab, wie sie ohne die „Heimkehr“ Hongkongs in *dieser* Form wohl kaum denkbar gewesen wären: So könnte es beispielsweise zu populistischen Aktionen der „von unten gewählten“ Abgeordneten und dadurch gleichzeitig zur Delegitimierung der „von oben eingesetzten“ Hongkonger Exekutive kommen. Hier könnten sich also Auseinandersetzungen entwickeln, die vor allem für den auf-

<sup>25</sup> Analyse von Sebastian Heilmann, „Die ersten Wahlen zur Legislative in der SVZ Hongkong“, C.a., 1998/5, S.527-532.

geweckteren Teil der volksrepublikanischen Öffentlichkeit faszinierendes Anschauungsmaterial liefern.

### 2.2.2.2.3

#### Taiwan

Und Taiwan?

Da eine Gewaltlösung gegenüber dem Inselstaat für die Volksrepublik spätestens seit Beginn des Zeitalters der Reformen kaum noch ernsthaft in Betracht kommt, verbleibt als einziger Lösungsweg das Gespräch und die schrittweise Annäherung.

Doch liegt der Teufel hier vor allem im Detail:

Während Beijing gegenüber Taiwan seit 1982, vor allem aber seit 1997, einstimmig die Formel *yi guo liang zhi* als Allheilmittel anbietet, tönt es von dort vielstimmig zurück, sei es, daß die „Ein-China“-Formel variiert oder daß gar von zwei Staaten die Rede ist:

Die Wiedervereinigungs-Befürworter gebrauchen Formeln wie *yi guo liang fu* [44] (ein Staat, zwei Regierungen), *yi guo liang qu* [45] (ein Land, zwei Gebiete), *yi guo liang ti* [46] (ein Staat, zwei Gebilde) oder *yi guo liang she* [47] (ein Staat, zwei Gesellschaften).

Während die „Hauptströmung“ (*zhuliu* [48]) innerhalb der GMD der Formel *yi guo liang fu* den Vorzug gibt, redet die „Neue Partei“, in der die engagiertesten Befürworter einer baldigen Wiedervereinigung versammelt sind, der Formel *yi guo liang qu* das Wort: Sie wissen, daß das Verlangen der „Hauptströmungs“-Vertreter, Verhandlungen mit Beijing auf *Regierungsebene* zu führen, von der VR China entschieden abgelehnt wird und daß deshalb „pragmatischer“ Vorbedingungen festgelegt werden müssen, die möglichst reibungslose Kontakte und eine möglichst schnelle Wiedervereinigung begünstigen; aus diesem Grunde auch ist die Partei letztlich zur Guomindang auf Distanz gegangen!

Aber auch von der größten Oppositionspartei, nämlich der Minjindang [49], hat sich mittlerweile eine Fraktion abgespalten: Ihr gehören die entschiedensten Verfechter einer staatlichen *Selbständigkeit* Taiwans an, seit ihnen Zweifel daran gekommen sind, ob die MJD, die der Regierungsverantwortung Ende 1997 bereits auf Armlänge nahe gekommen war, noch mit ihrem einstigen Engagement – und mit wünschenswerter Deutlichkeit – an einer Unabhängigkeit Taiwans gegenüber dem Festland festhalte.

Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit der Inselrepublik: Dies sind die beiden großen Alternativen, zwischen denen *langfristig* entschieden werden muß.

Unter authentisch historischen Perspektiven kann es freilich auch bei der Taiwanfrage letztlich nicht um das Ob der Wiedervereinigung, sondern nur um das Wann gehen. Das Wann aber bestimmt sich wiederum nach der Angleichung der wirtschaftlichen und der politischen Niveaus diesseits und jenseits der Taiwanstraße.

Die GMD-Hauptströmung geht also durchaus von einem rationalen Kalkül aus, wenn sie ihre „Eile mit Weile“-Politik (*jiejì yongren* [50]) weiterbetreibt: Nur nichts übers Knie brechen, sondern die Lösung ausreifen lassen – dies ist ein Kurs, der – nach dem Tode des immer auf Eile in der Taiwanfrage drängenden Deng Xiaoping – mittlerweile auch von der KPCh-Führung honoriert werden dürfte.

Setzt sich der „Geist des 20. Jahrhunderts“, d.h. der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker durch, so könnte es sehr wohl sein, daß sich die Mehrheit der Taiwanesen auch einige Jahrzehnte später noch für die

Unabhängigkeit entscheidet – zumindest bleibt die Frage offen und hängt von den weiteren Entwicklungen ab.

Verwirklicht sich dagegen das 19. Jh., nämlich die Kulturnationen-Theorie, vielleicht sogar der imperiale Zugriff, so würde Taiwan genauso wie Hongkong und Macao eines Tages ohne „umständliche Volksbefragung“ in die Rolle einer „SVZ“ volksrepublikanischen Zuschnitts gedrängt.

Je mehr Beijing dem Geist der „Interdependenz“ folgt, um so wahrscheinlicher wird es, daß am Ende der Wille der taiwanesischen Bevölkerung sich durchsetzt.

Nach Ansicht der Beijinger Regierung gibt es mittlerweile nur noch zwei Hindernisse für die „friedliche Wiedervereinigung“, nämlich die „Weigerung der Taiwaner Behörden“ zu Verhandlungen und die Waffenlieferungen anderer Staaten, vor allem der USA und Frankreichs, an den Inselstaat. Zu erwähnen wäre hier allerdings noch eine dritte Hürde, nämlich das diplomatische Wettrennen.

Im einzelnen:

Erstens: die Verhandlungsfrage: Während die Regierung Taiwans Verhandlungen auf Regierungsebene wünscht, möchte Beijing die Gespräche auf Kontakte zwischen den führenden politischen Parteien (also etwa zwischen KPCh und GMD) oder aber auf Verhandlungen zwischen „Stiftungs“-Vertretern beschränkt wissen, da eine „Regierung der RCh“ ja nicht anerkannt wird!

In der Tat ist es zwischen 1993 und 1996 bereits zu Gesprächskontakten zwischen der taiwanischen SEF (Straits Exchange Foundation) und der volksrepublikanischen ARATS (Association for Relations across the Taiwan Straits) gekommen, die von Beijing jedoch 1995 einseitig abgebrochen wurden, als sich in Taiwan Präsidentenwahlen anbahnten. Im Zusammenhang mit der Wahl Li Denghuis zum Staatspräsidenten im März 1996 kam es dann auch noch zu den bekannten militärischen Drohgebärden der Volksrepublik in der Straße von Taiwan, die der Beijinger Regierung weltweit ein außerordentlich ungünstiges Echo eintrugen und sie am Ende dazu zwangen, ihre Drohungen wieder zurückzunehmen.

Was, zweitens, die Frage der Aufrüstung/Nachrüstung Taiwans anbelangt, so erhält die rund 400.000 Mann starke Streitmacht der Inselrepublik immer noch jene Waffen, die sie zu ihrer Verteidigung braucht, sei es nun, daß die USA Jagdflugzeuge sowie Hubschrauber liefern<sup>26</sup> oder daß Frankreich bis Januar 1998 sechs raketenbestückte Fregatten zur Verfügung stellt sowie an Vereinbarungen festhält, 60 Mirage-2000-5-Kampfflugzeuge mit Luft-Luft-Raketen an die RCh zu verkaufen.

Allerdings haben sowohl die USA als auch Frankreich der VRCh zugesagt, nach Erfüllung dieser Verträge keine weiteren Waffen mehr zu liefern.<sup>27</sup>

Drittens kämpfen Beijing und Taipei seit 1949 um diplomatische Anerkennung und haben sich damit auf ein Tauziehen eingelassen, das seit der Aufnahme der VRCh in die UNO im Herbst 1971 immer mehr zugunsten Beijings ausgeht, ohne daß Taiwan freilich schon auf verlorenem Posten stünde. Immerhin hat es die Zahl seiner diplomatischen Partner auch Ende der 90er Jahre noch auf einer relativ konstanten Höhe von durchschnittlich 30 halten können. Am schmerzhaftesten für Taipei war der Frontwechsel seiner drei bedeutendsten außenpolitischen Partner, nämlich Saudi-Arabiens, Südkoreas und vor allem Südafrikas, welch letzteres auf Biegen und Brechen eine Politik der „Doppelanerkennung“ betreiben wollte, um

<sup>26</sup>Zuletzt im Januar 1998, SCMP, 9.1.98.

<sup>27</sup>C.a., 1998/1, Ü 4.

dann am Schluß – beginnend mit dem 1. Januar 1998 – doch klein begeben zu müssen.<sup>28</sup> Die stärksten Festungen Taiwans liegen heutzutage in Mittelamerika und in Afrika. Allerdings gibt es vor allem in Schwarzafrika einige Länder, die eine – von offensichtlich rein materiellen Überlegungen angetriebene – Pendeldiplomatie betreiben, darunter Liberia,<sup>29</sup> Burkina Faso,<sup>30</sup> Niger und Tschad, vor allem aber die Zentralafrikanische Republik, die sich den Luxus eines viermaligen Wechsels erlaubte.<sup>31</sup>

Aus dieser „Wendehalsigkeit“ und Unzuverlässigkeit eines fast halben Dutzends von Partnern ergeben sich für Taiwan schmerzhaft Überlegungen, die in die kraß formulierte Frage gekleidet werden können, ob es sich wirklich lohnt, für „Bananenrepubliken“ soviel guten Willen zu verschwenden und soviel Geld zum Fenster hinauszuerfen?

Das „Aufkaufen“ diplomatischer Partner jedenfalls wird immer teurer – und ist damit auch schon zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen geworden.

Gleichwohl bleibt Taipeh einstweilen beim diplomatischen Wettbewerb, wirft hier Beijing immer wieder den Fehdehandschuh hin und zwingt die VR China damit zu einer permanenten Hab-acht-Stellung: besonders augenfällig war dies beim Zerfall der UdSSR i.J. 1991, als viele neue Staaten auftauchten und sogleich von beiden chinesischen Rivalen diplomatisch umworben wurden.<sup>32</sup>

### 2.2.2.3

#### Grenzen – und Territorialstreitigkeiten

##### 2.2.2.3.1

#### China – ein Land ohne Grenzziehungstraditionen

Der traditionelle chinesische Universalstaat verstand sich, wie bereits erwähnt,<sup>33</sup> als „Reich unter dem Himmel“, kannte also nur diffuse Abgrenzungen zwischen *nei* [51] (innen) und *wai* [52] (außen), nicht aber feste Grenzlinien, die von Landvermessern festgelegt und mit Grenzpfosten markiert worden wären.

Kein Wunder, daß mit der Übernahme westlicher Staats- und Grenzkonzepte sogleich nach allen Seiten hin Grenzkonflikte aufbrannten: Gab es nicht gerade natürliche, d.h. topographisch präzise markierte Verläufe, wie z.B. Gebirgskämme oder breite Ströme, so waren die Streitigkeiten gleichsam vorprogrammiert; denn nirgends existierten geometrische Datenblöcke oder gar Kataster, die sich für eine Beweisführung hätten heranziehen lassen. Wo ganze Gebirgsebenen unbewohnt waren, wo Steppen die Grenzen zwischen nomadischer und bäuerlicher Lebensweise fließend werden ließen oder wo, wie beispielsweise in Sibirien, Flüsse zu mäandrieren begannen, sobald sie vom Eis befreit waren, mußte jede Pfahlsetzung willkürlich, ja widernatürlich erscheinen. Herrschten schon bei den „gelben (d.h. festlandbezogenen) Grenzen“, mit denen die chinesische Bürokratie überaus vertraut war, Un-

sicherheiten, so erst recht bei den „blauen Grenzen“, d.h. im Bereich des Ost- und des Südchinesischen Meers, die angesichts der antimaritimen Tradition des Kaiserreichs<sup>34</sup> zwar von chinesischen Schiffen durchpflügt, vom chinesischen Staat aber nie wirklich kontrolliert worden waren.

##### 2.2.2.3.2

#### Die Ziehung der Landgrenzen: Eine Erfolgsgeschichte

Kein Wunder, daß der Subkontinent China an den rund 100 Grenzkonflikten, die es beispielsweise in den 70er Jahren noch gab, mit nicht weniger als 8 Disputen beteiligt war – und zwar an drei Stellen gegenüber Vietnam, an zwei gegenüber der Sowjetunion, an zwei gegenüber Indien und an einer gegenüber Japan. Quantitativ hielt China mit diesen offenen Konflikten damit – gleichauf mit der Sowjetunion – den Weltrekord, gefolgt von Argentinien (6), Vietnam und Iran (je 5) sowie von Elfenbeinküste und Südafrika (je 4). Gegenüber drei Nachbarn war es wegen streitiger Grenzfragen bis dahin bereits zu militärischen Auseinandersetzungen gekommen, nämlich mit Indien (1962), mit der Sowjetunion (um die Ussuri-Insel Chenbao/Damanski, Provinz Heilongjiang, 1969) und mit Vietnam (Streit um die Paracel-Inseln, 1974, und wiederholte Gefechte um die Spratlys Anfang der 80er Jahre).

Bezeichnenderweise gibt es auch hier einen grundlegenden Wandel im Konfliktverhalten der Volksrepublik: War man zur Zeit Mao Zedongs noch schnell mit den „Gewehrläufen“ zur Hand gewesen, so hat sich seit 1978 hauptsächlich die Diplomatie der Grenzfrage angenommen. Allerdings sind auch im Zeitalter Mao Zedongs bereits erste „Grenzverträge“ (*bianjie tiaoyue* [53]) zustande gekommen, und zwar 1960 mit Birma, 1961 mit Nepal, 1962 mit der Mongolischen Volksrepublik und 1963 mit Afghanistan. Erst drei Jahrzehnte später folgte ein weiterer „Vertrag“ mit Laos (1991).

In vorreformerischer Zeit war es ferner, und zwar ebenfalls 1963, zu einem „Grenzabkommen“ (*bianjie xieding* [54]) mit Pakistan gekommen. Es sollte dreißig Jahre dauern, ehe ähnliche „Abkommen“ auch mit Kasachstan und Rußland unterzeichnet werden konnten.

1984 begannen Grenzverhandlungen mit dem Himalayastaat Bhutan, ohne daß bis heute allerdings ein unterschriftsreifes Abkommen hätte erzielt werden können – ebenso wenig übrigens wie mit Sikkim. Überraschend konnten dagegen mit Indien (7.9.93) und mit Vietnam (19.10.93) Vorläufige Grenzregelungen unter Dach und Fach gebracht werden – ein Ergebnis reformerischer Flexibilität.

Offen sind dagegen nach wie vor die Grenzen zu Nordkorea, mit dem China jahrzehntelang die (angeblich) freundschaftlichsten Beziehungen unterhielt – wie „Lippen und Zähne“, hatte es immer wieder geheißt; seit 1992 allerdings haben die Zähne mit den Lippen kaum noch harmonisiert, sondern häufig auf sie gebissen, seit nämlich Beijing diplomatische Beziehungen mit dem Erzfeind Pyongang, nämlich mit Seoul aufgenommen hatte.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat die VR China also die wichtigsten Land-Abgrenzungsfragen vertraglich moderieren können – eine beachtliche Leistung, wenn man die historisch so äußerst brisante Ausgangslage bedenkt, vor allem aber die Schwierigkeiten, mit denen das Verhältnis zu den beiden Hauptnachbarn, nämlich der früheren Sowjetunion und Indien belastet war:

<sup>28</sup>Siehe u.a. C.a., 1996/9, Ü 4; 1997/12, Ü 10.

<sup>29</sup>Dreimaliger Wechsel, 1977, 1989 und 1993, C.a., 1993/8, Ü 6.

<sup>30</sup>Dazu C.a., 1994/2, Ü 1.

<sup>31</sup>Die ZAR hatte zuerst, nämlich 1962, diplomatischen Kontakt zu Taiwan aufgenommen, sich dann aber 1964 auf die Seite der VRCh geschlagen. 1966 brach sie die Beziehungen zu Beijing ab und nahm 1968 mit Taipeh ein zweites Mal diplomatische Beziehungen auf. Acht Jahre später, nämlich 1976, schwenkte sie wieder zu Beijing über, nur um dann 15 Jahre später, nämlich 1991, erneut wieder zu Taipeh zurückzupendeln. Schon sieben Jahre später unternahm sie dann aber den fünften „Seitensprung“ und bündelte wieder mit Beijing an. Ob ihre Pendeldiplomatie damit freilich bereits ihr Ende genommen hat, steht auf einem anderen Blatt.

<sup>32</sup>Zum kritischen Fall Lettland vgl. C.a., 1992/2, Ü 2.

<sup>33</sup>C.a., 1998/5, S.506.

<sup>34</sup>Dazu C.a., 1998/5, S.522 f.

– Sowjetunion/Rußland:

Der weitaus längste Abschnitt verläuft – und zwar auf einer Distanz von über 7.300 km (!) – zwischen China einerseits und Rußland sowie drei zentralasiatischen Nachbarstaaten der Sowjetunion (Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan) andererseits.

Zur Zeit der UdSSR war diese Grenzproblematik emotional noch dadurch zusätzlich belastet, daß Moskau, allen „proletarisch-internationalistischen“ Lippenbekenntnissen zuwider, an jenen drei *Ungleichen Verträgen* von 1858, 1860/64 und 1881 festhielt, die das zaristische Rußland dem damals von allen Seiten bedrängten chinesischen Kaiserreich aufgenötigt hatte, wodurch dem Reich, wie das heutige Beijing es sieht, nicht weniger als 1,5 Mio. qkm nord- und zentralasiatischen Territoriums, also mehr als viermal die Fläche des wiedervereinigten Deutschland, entrissen worden seien. Vor allem für die maoistische Führung war es schlechthin unbegreiflich, daß ausgerechnet die Sowjetunion, die doch sonst allen „imperialistischen Machenschaften“ – und nun gar kolonialen Gebietserwerbungen – mit eisiger Ablehnung entgegenzutreten pflegte, nun ausgerechnet gegenüber der VR China Territorien in Anspruch nehmen wollte, die im 19. Jh. durch Ungleiche Verträge geraubt worden waren. Aus maoistischer Sicht wäre es ein Gebot des Rechts, vor allem aber der „sozialistischen Brüderlichkeit“ gewesen, daß die einstigen *Ungleichen* nun durch *neue Gleiche Verträge* ersetzt würden; demgegenüber aber schien eine „hegemonistische“ Sowjetunion aus „neo-imperialistischen“ Erwägungen an der alten Beute festhalten zu wollen!

Seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 haben sich zwei große Veränderungen eingestellt: Erstens zeigte sich die neue Führung in Moskau sogleich verhandlungsbereit, und zweitens gab es, zusätzlich zur Äußeren Mongolei, nun noch drei weitere, durch den Zerfall der UdSSR hinzugekommene Nachbarn, nämlich Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Die Grenzen Chinas zum Nachbarn Rußland umfaßten jetzt zwei voneinander getrennte Streckenabschnitte, nämlich den 4.345 km langen und abgrenzungstechnisch wenig problematischen Ostteil, der in der Tat bereits 1993 juristisch unter Dach und Fach gebracht werden konnte, daneben aber auch einen Westabschnitt, der sich über extrem schwieriges Gebirgsgelände im Altai-Massiv erstreckt: Kein Wunder also, daß die Abgrenzung dieses Sektors erst nach monatelangen weiteren Verhandlungen geklärt werden konnte, und zwar mit Wirkung vom 17.10.1995. Da sich hier, auf einer Strecke von lediglich 50 km im russisch-chinesisch-kasachischen Dreiländereck, Grenzpfähle aus technischen Gründen nicht setzen ließen, wurde am Ende auf eine detaillierte Delimitierung ausdrücklich verzichtet.

Dieses Altai-Grenzabkommen markierte den Abschluß eines Grenzfestlegungsprozesses, der sich über Jahrzehnte hingezogen hatte und in dessen Verlauf es immer wieder zu Konflikten bis an den Rand militärischer Auseinandersetzungen gekommen war.

Nach Ratifizierung der beiden Vertragswerke sind nur noch wenige und vergleichsweise winzige Details entlang der Flußgrenzen in Ostsibirien (d.h. der Grenzströme Argun, Amur und Ussuri) sowie entlang des Tumen, d.h. im Grenzabschnitt zwischen Rußland, China und Nordkorea offen geblieben. Meist geht es hier um eher technische Fragen.

Ergänzend zu den beiden Abgrenzungsvereinbarungen ist im April 1997 auch noch ein „Abkommen über den wechselseitigen Rückzug der bewaffneten Streitkräfte aus den Grenzregionen“ zwischen den fünf Anrainern China,

Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan getroffen worden.

Bereits vorher hatten die fünf Vertragspartner, und zwar im April 1996, das „Abkommen über verstärkte Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet in den Grenzregionen“ unterzeichnet. Beide Dokumente sind nach Meinung der *Volkszeitung*<sup>35</sup> von „historischer Bedeutung“ für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Nachbarn in Zentralasien.<sup>36</sup>

– Die Grenzen zu Indien: Die zweite, besonders stachelige Grenze erstreckt sich – auf rund 2.000 km(!) – gegenüber dem südlichen Nachbarn Indien, dessen Territorium China an mehreren geopolitisch besonders empfindlichen Stellen berührt, und zwar auf drei voneinander getrennten Teilabschnitten:

- Der Westsektor wird auf chinesischer Seite von den Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet, auf indischer Seite aber von Ladakh gesäumt. Hier sind zwischen beiden Nachbarn 33.000 qkm umstritten.
- Im Zentralsektor geht es um 2.000 qkm.
- Der Ostsektor, der vom östlichen Bhutan bis Myanmar reicht, begrenzt auf chinesischer Seite Teile Tibets, auf indischer Seite aber das Nefa-Gebiet (New Frontier Agency), das seit 1972 von den Indern „Arunachal Pradesh“ genannt wird. Hier verläuft die brisante *McMahon-Linie*, die im Jahre 1914 bei der Konferenz von Simla von dem für Außenangelegenheiten zuständigen Beamten des indischen Vizekönigs, McMahon, mit tibetischen und chinesischen Vertretern ausgehandelt, dann aber von den Chinesen doch nicht anerkannt worden war. Hier im Ostabschnitt sind 90.000 km zwischen China und Indien umstritten.

Seit Beginn des Grenzkonflikts im Jahre 1955 bestand die Hauptmeinungsverschiedenheit zwischen beiden Kontrahenten im wesentlichen darin, daß China die Grenzfrage für offen hielt und deshalb eine endgültige Festlegung im Wege von Verhandlungen forderte, während Indien davon ausging, daß die Grenzen seit langem unter Dach und Fach seien, daß China also „indisches“ Territorium besetzt halte und daß Verhandlungen über Grenzfragen nach alledem lediglich kosmetischer Natur sein könnten.<sup>37</sup> Beijing hatte der Republik Indien immer wieder einen Pakettausch angeboten, demzufolge China die westlichen Teile (mit der Straßenverbindung Xinjiang-Tibet), Indien aber die umstrittenen Abschnitte im Ostsektor erhalten solle. Offerten dieser Art stießen jedoch genauso auf taube Ohren wie die Ermahnung Beijings, Indien möge klug sein, da es doch mit dieser Lösung dreimal so viel Territorium erhalte wie China.

Erst das Abkommen vom 7. September 1993, das vom indischen Ministerpräsidenten Rao in Beijing unterzeichnet wurde, brachte eine Lösung auf mittlerer Linie, insofern nämlich China auf seinen Paketlösungsvorschlag, Indien aber auf seinen bisher so apologetisch verfochtenen Standpunkt verzichtete, daß die Grenzfrage längst entschieden, also nicht mehr verhandelbar sei. Kernpunkt des Abkommens war die Vereinbarung, daß beide Seiten fortan die gegenwärtige LAC (Line of Actual Control) respektieren wollten. Eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen sollte diesen Status quo flankieren – angefangen von einer Ausdünnung der Streitkräfte im beiderseitigen Grenzbereich über die Vermeidung von Flügen in den

<sup>35</sup>RMRB, 25.4.97.

<sup>36</sup>Vergl. dazu auch C.a., 1997/5, S.429.

<sup>37</sup>Dazu C.a., 1984/9, S.505-508.

besonders sensiblen Territorialbereichen bis hin zur frühzeitigen Ankündigung militärischer Manöver in grenznahen Sicherheitszonen.

Hatten beide Seiten noch 1962 einen Grenzkrieg gegeneinander geführt, so zogen sie jetzt, zur Bezeugung des guten Willens, beiderseits rund 35.000 Soldaten aus den Grenzabschnitten zurück.

Der Abschluß des Grenzabkommens stand unter einem günstigen Stern: Seit Dezember 1981 hatten zwischen beiden Seiten Verhandlungen auf Vizeaußenministerebene stattgefunden – zunächst unter Ausklammerung, dann aber, seit 1990, auch unter Einbeziehung der Grenzfrage. 1991 war darüber hinaus der wichtigste Verbündete Indiens, nämlich die UdSSR, zusammengebrochen. Während Indien damals außenpolitisch zwischen alle Stühle zu geraten drohte, litt China immer noch unter den Rückschlägen, die dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 gefolgt waren. Beide Seiten hatten in ihrer außenpolitischen Isolierung also Gesten der Aussöhnung dringend nötig und suchten deshalb – unter dem Beifall der Nachbarn Bangladesch, Nepal und sogar Pakistan<sup>38</sup> – nach einer wenigstens vorläufig tragbaren Einigung in der leidigen Grenzfrage.<sup>39</sup>

Freilich brachte das LAC nur eine Status-quo-Lösung. Feinarbeit bleibt nach wie vor gefragt. China wäre gut beraten, nähme es dabei auf religiöse Empfindlichkeiten der Inder verstärkte Rücksicht: Die Himalayagipfel gelten nach hinduistischer Überlieferung ja als Sitz der Götter – und die im Himalaya entspringenden Flüsse als Quellen der Kultur. Ein Verzicht auf solche Gebiete würde gleichgesetzt mit der Verstümmelung des „heiligen Leibs von Bharat Mata“, der „Mutter Indien“. Vor allem mit dem Wahlsieg der chauvinistischen BJP im Jahre 1996 dürften sich Argumente – und Empfindlichkeiten – dieser Art erneut verstärken.

### 2.2.2.3.3

#### Der Kummer mit den Meeressgrenzen

In scharfem Kontrast zur Territorialabgrenzung, die Mitte der 90er Jahre bereits weitgehend unter Dach und Fach war, ticken die Zeitbomben der maritimen Grenzkonflikte weiter und dürften die internationale Politik Ostasiens noch weit bis ins 21. Jh. hinein beschäftigen.

Wie bereits erwähnt, ist Chinas „dritte Grenze“<sup>40</sup> vom traditionellen Reich der Mitte noch weitaus ungenauer konzipiert worden als der ohnehin schon höchst unpräzise definierte Landgrenzenverlauf.

Kein Wunder, wenn sich gerade entlang der chinesischen Küste auch heute noch Abgrenzungsprobleme in verschwenderischer Fülle häufen, wobei ein Teil der hier angehäuften Konflikte längst offen ausgebrochen ist, ein anderer Teil aber immer noch in aller Stille vor sich hin glimmt.

Zu den bekannten „maritimen Fragen“ gehört (1) die Frage der Souveränität über die im Südchinesischen Meer gelegenen Inselgruppen Pratas (chin. *Dongsha* [55]), Paracel (*Xisha* [56]), Spratly (*Nansha* [57]) sowie über die Macclesfield Bank (*Zhongsha* [58]). Bei den Paracels ist Vietnam, bei den besonders umstrittenen, weil möglicherweise in einem Ölgebiet gelegenen Spratlys eine Vierergruppe von Gegnern, nämlich Vietnam, Brunei, die Philippinen und Taiwan beteiligt. Streitig ist ferner (2) die

Souveränitätsabgrenzung zwischen der VRCh und Vietnam im Golf von Tongking (*Beibuwan* [59]). Für Aufsehen sorgt darüber hinaus (3) auch immer wieder der chinesisch-japanische Konflikt um die *Diaoyutai* [60]/*Senkaku* [61]-Inseln.<sup>41</sup>

Weitgehend unbeachtet aber sind neben diesen drei Hauptsprenkkörpern sechs weitere „Zünder“ geblieben, nämlich brisante Fragen wie die, ob (4) der Golf von *Bohai* [62] als chinesisches Binnengewässer gelten kann (im Sinne einer „historischen Bucht“ des westlichen Völkerrechts), (5) wie weit der Kontinentalschelf im Gelben Meer zu Korea und (6) wie weit der Kontinentalschelf im Ostchinesischen Meer zu Japan gehört. Strittig ist ferner (7) die Frage, ob die *Qiongzhou*-Meerenge [63] zwischen dem chinesischen Festland und der Insel Hainan als Inlandsgewässer gelten kann oder aber als internationale Meerenge anzusehen ist. Nicht zuletzt aber (8) stehen vor allem die südostasiatischen Nachbarstaaten vor der unbehaglichen Entscheidung, ob sie den chinesischen Territorialansprüchen bis zum *Zengmu*-Riff [64] (James Shoal) als dem südlichsten Punkt der Ausdehnung des chinesischen Territoriums zustimmen – oder aber widersprechen sollen.<sup>42</sup>

Mit der Zengmu-Problematik hängt nicht zuletzt auch der (unten noch zu erläuternde) indonesisch-chinesische Streit um die Natuna-Inseln zusammen.

Von all den genannten aktuellen und potentiellen Maritimkonflikten dürfte der Streit um die Spratlys noch auf lange Zeit die meisten Emotionen hochkommen lassen – und zwar vor allem im Disput mit Vietnam.

Hier geht es zunächst einmal um die Frage, ob China zu Recht Souveränität über das (nahezu) gesamte Südchinesische Meer beanspruchen kann. Dieser Maritimbereich, der bei den Chinesen *nanghai* [65] („Südmeer“) und bei den Vietnamesen *bien dong* („Ostmeer“) heißt, wird im Westen vom chinesischen sowie vom indochinesischen Festland, im Osten aber von einer Inselgirlande eingefasst, und wirkt deshalb verhältnismäßig geschlossen, obwohl er eine Fläche von 3,4 Mio. qkm ausfüllt – soviel wie Mittelmeer und Schwarzes Meer zusammengekommen. Das *Nanghai* grenzt an die Küsten Südchinas, Taiwans, Vietnams, der Philippinen, Malaysias sowie Indonesiens und erstreckt sich halbmondförmig zum Golf von Thailand hinüber. Zusammen mit der Malakkastraße und der Andamanischen See bildet es jenes Hauptverbindungsstück, das den Pazifik mit dem Indik verklammert und in dem sich die Seefahrtsrouten aus Europa, Afrika, Mittelost, Südasiens und den ostasiatischen Ländern zu einer Art maritimen Laser bündeln. Das Südchinesische Meer war seit Jahrhunderten ein Kreuzungsweg für den arabischen, indischen, persischen, chinesischen, malaiischen und indonesischen Seeverkehr. Seit dem 15. Jh. tauchten dort auch die ersten Europäer, nämlich die Portugiesen auf, denen Spanier, Holländer, Engländer, Franzosen, Deutsche und zuletzt die Amerikaner folgten. Während des Zweiten Weltkriegs stand das Südchinesische Meer weitgehend unter der Kontrolle Japans, das nach 1945 den USA Platz machen mußte, die ihre Basen auf Guam, in Okinawa, in Taiwan, auf den Philippinen und in Thailand errichteten und deren 7. Flotte für den östlichen Indik sowie für den Westpazifik, vor allem auch für das Südchinesische Meer „zuständig“ ist.

<sup>41</sup>Detailliertes Kartenmaterial zu den Spratlys findet sich in C.a., 1988/7, S.576 f.

<sup>42</sup>Übersicht bei Michael Strupp, „Historische, politische und völkerrechtliche Komponenten der Seerechtsansprüche der Volksrepublik China“ in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien. Das internationale Seerecht und seine regionale Bedeutung*, Bd. 145 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985, S.111-188.

<sup>38</sup>XNA, 10. und 13.9.93.

<sup>39</sup>Ausführlich dazu C.a., 1993/9, Ü 1.

<sup>40</sup>Der Ausdruck geht auf Bodo Wiethoff zurück, *Chinas dritte Grenze: Der traditionelle chinesische Staat und der küstennahe Seeraum*, Wiesbaden 1969.

Die Küsten- und Inselkurven im Südchinesischen Meer sind ineinander verschlungen wie Paragraphezeichen. Aufgrund dieser radialen Anordnung käme es zwischen den einzelnen kontinentalen und insularen Anliegerstaaten bei konsequenter Anwendung des modernen Seerechts, vor allem des 200-Seemeilen-Prinzips, zu außerordentlich diffizilen Überschneidungen, die schon dann schwierig zu lösen wären, wenn alle Beteiligten miteinander harmonierten. Stehen sie sich obendrein aber mit rollenden Augen und mit schußbereitem Gewehr gegenüber, wie dies bei Vietnam und China lange Zeit der Fall gewesen ist, dann schürt sich hier ein kaum noch auflösbarer Konfliktknoten.

Kein Wunder, daß die Archipelfrage unter diesen Umständen spätestens seit 1979 mit zu den Hauptthemen des rituellen Schlagabtauschs gehört. Haupttreibungspunkte für das Hin und Her sind Argumente für und gegen die von Vietnam im September 1979 und im Januar 1982 veröffentlichten Weißbücher zur Frage der beiden Inselgruppen.

Sämtliche Archipele des Südchinesischen Meers weisen im großen und ganzen vier gemeinsame Eigenschaften auf: Sie sind Koralleninseln, besitzen ein niedriges Profil, insofern sie nur rund 5-6 m aus der Wasseroberfläche herausragen (Kentergefahr für Schiffe!), liegen an wichtigen Maritimrouten zwischen dem Indik und dem Pazifik und haben sich darüber hinaus als ergiebige Rohstoffquellen erwiesen: Neben gewaltigen Guano-Vorräten sind es vor allem die benachbarten Fischgründe sowie die überall vermuteten Öl- und Gasvorräte, die die Begehrlichkeit der Nachbarn wecken. Wegen ihres flachen Profils führen sie in ihren Bezeichnungen auch fast ausnahmslos das Element „Sand“, so z.B. die Paracels, die auf chinesisch *Xisha* („Westlicher Sand“), auf vietnamesisch aber *Hoang Sa* („Gelbsand“) oder die Spratlys, die auf chinesisch *Nansha* („Südsand“), auf vietnamesisch aber *Truong Sa* („Langer Sand“) heißen.

Überdies leiten alle am Streit beteiligten Staaten ihren Souveränitätsanspruch auf die Inseln (und China sogar auf das ganze Südchinesische Meer) aus historischen Quellen ab: Sie seien es gewesen, die die bis dahin „herrenlosen Inseln“ als erste in Besitz genommen hätten. Die Chinesen pflegen bei dieser ihnen so sehr ans Herz gewachsenen Argumentation gleich um mehr als ein Jahrtausend zurückzugreifen („spätestens seit der Tang-Zeit ...“), während sich die Vietnamesen bei ihrer Gegenargumentation etwas bescheidener geben („spätestens seit Beginn des 16. Jh. ...“).<sup>43</sup> Mit peinlicher Präzision spinnen sie sodann ihre „Argumenten“-Kette von damals bis auf den heutigen Tag bis ins kleinste Detail hinein aus, ohne daß damit allerdings die zentrale völkerrechtliche Frage wirklich beantwortet werden könnte, wer denn nun die einst „herrenlosen“ Inseln allen Ernstes zuerst „okkupiert“ habe. Wendeten sich die Kontrahenten mit dieser Streitfrage an ein Gericht, so würde jede von beiden Parteien abgewiesen, da sie ihrer Beweislast nicht gerecht werden könnte. Der Streit läßt sich m.a.W. nicht juristisch, sondern nur politisch, d.h. im Verhandlungsweg – oder aber, wie 1974 im Falle der Paracels geschehen – durch Gewalt lösen.

Ein dritter Weg, nämlich die „Internationalisierung der Nansha-Frage“ (z.B. durch APEC oder ARF-Lösungen) wird von China beharrlich abgelehnt – wohl aus der für

Beijing naheliegenden Annahme heraus, daß China hierbei ins Hintertreffen geriete.<sup>44</sup>

Bei dem zweiten sinovietnamesischen Streit, der um den Golf von Tongking geht, steht die juristische Frage im Vordergrund, ob, so die Argumentation Vietnams, das Meeresgebiet bereits 1887 (über die damalige französische Kolonialmacht) zur Gänze geteilt worden ist oder ob, wie China meint, über die Teilungsfrage erst noch zu verhandeln sei.<sup>45</sup> Da auch hier die historische Argumentation in neblige Gefilde hineinführt, bleibt als einziger Ausweg die Verhandlung – oder, erneut, die Sprache der Gewalt, die im Zeitalter der Interdependenz allerdings immer indiskutabler wird.

– Die weniger liebenswürdigen Seiten der VR China sind beim Spratly-Konflikt freilich nicht nur für Vietnam, sondern auch für die Philippinen spürbar geworden. Zum Eklat zwischen beiden Seiten kam es im Januar 1995, als chinesische Schiffsbesatzungen auf zwei von den Philippinen beanspruchten Inseln des Archipels, nämlich dem Jackson-Atoll (chinesisch: *Bufang*) und dem „Halbmondriff“ (chinesisch: *Banyue*) Seezeichen gesetzt und gleichzeitig im Bereich des „Mischief“-Atolls (chin.: *Meijiao*) für längere Zeit Schiffseinheiten hatten patrouillieren lassen.

Die Philippinen protestierten gegen dieses zwielichtige Vorgehen und ließen die Seezeichen durch eigene Marineeinheiten wieder entfernen.

Bei den sich anschließenden Verhandlungen schlug das chinesische Außenministerium vor, die Streitpunkte hintanzustellen und die umgebenden Seebereiche gemeinsam zu entwickeln.<sup>46</sup>

Wesentlich weniger nachgiebig als das Beijinger Außenamt zeigte sich die VBA, die darauf hinwies, daß ihre Logistik im strategisch so bedeutsamen Spratly-Bereich keinesfalls behindert werden dürfe.<sup>47</sup>

– Auch Indonesien hat mittlerweile Erfahrungen mit chinesischen Territorialambitionen im Südchinesischen Meer sammeln müssen, und zwar im Bereich des Natuna-Archipels, der auf etwa halber Strecke zwischen der Malaiischen Halbinsel und Nordborneo liegt und politisch zu Indonesien gehört: zumindest hätte an diesen Souveränitätsansprüchen seit Ende der holländischen Kolonialherrschaft kaum jemand Zweifel angemeldet.

Wie elektrisiert reagierten die Indonesier daher, als die VR China 1993 eine Landkarte herausgab, die Territorialansprüche Chinas auch im Natuna-Bereich anzudeuten schien. Zwar macht Beijing hier keine formellen Ansprüche geltend, doch glaubte man in Jakarta, eine Strategie der „kartographischen Aggression“ erkannt zu haben, und beschloß daher, Gegenakzente zu setzen, und zwar mit dem bisher umfangreichsten indonesischen Militärmanöver, das im September 1996 stattfand.

Indonesien weiß, daß der Energiebedarf Chinas von Jahr zu Jahr wächst und daß die Volksrepublik im Jahre 2010 vermutlich bereits 20% aller asiatischen Ölimporte bestreiten muß. Gelängen in den nächsten Jahren keine größeren Funde, geriete China wohl in eine schwierige Versorgungslage, es sei denn, daß es sich vorher noch einige der Reserven im Südchinesischen Meer sichern könnte – neben den Spratlys wäre hier vor allem Natuna ein besonders begehrenswertes Ziel!

Auf dem Höhepunkt der Natuna-Manöver eilte der chinesische Generalstabschef nach Jakarta und hielt dort einen Vortrag, bei dem er die Friedenspolitik der VR Chi-

<sup>43</sup> Ausführlich zum Argumentenfiligran Oskar Weggel, „Die chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen um das Südchinesische Meer und um den Golf von Tongking – ein Beitrag zur systematischen Abwägung der Argumente“, in: Draguhn, a.a.O., S.189-228.

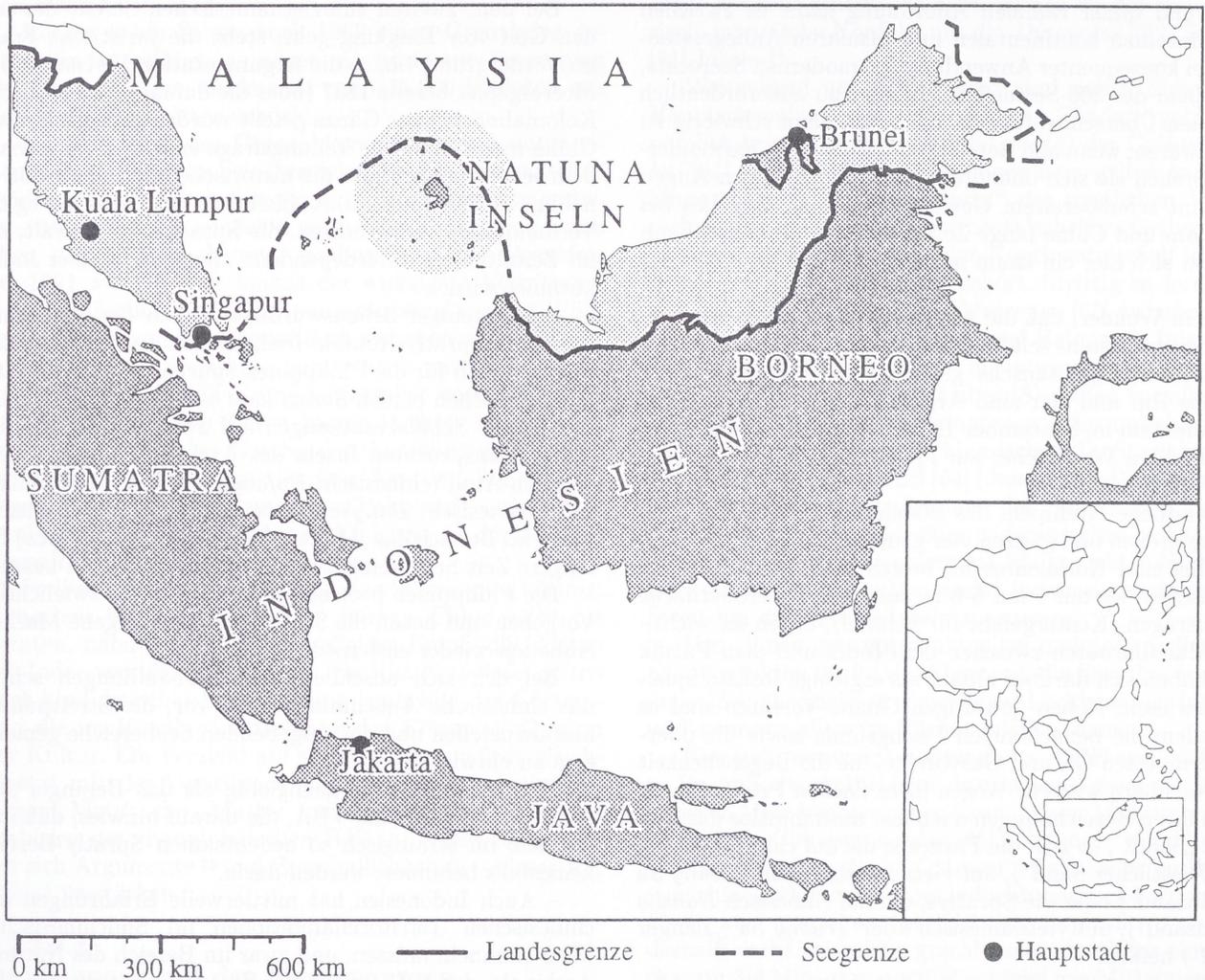
<sup>44</sup> Näheres dazu C.a., 1995/5, Ü 4.

<sup>45</sup> Näheres dazu Weggel, ebd., S.214-217.

<sup>46</sup> XNA; 21.4.95.

<sup>47</sup> C.a., 1995/4, Ü 6.

## Die Natuna-Inseln



Copyright Institut für Asienkunde

na erläuterte: Die Verteidigungsausgaben Chinas seien kaum der Rede wert und hätten sich 1995 auf das historische Tief von 1,11% des BIP abgesenkt. Außerdem sei ein Drittel aller militärischen Industriebetriebe mittlerweile zur Herstellung von Zivilgütern übergegangen.<sup>48</sup>

All diese „indirekten“ Hinweise und Andeutungen sind von beiden Seiten wohl verstanden worden, ohne daß es deshalb freilich schon zu einer definitiven Abmachung gekommen wäre.

– Ein dritter Maritimstreit mit weltweiter Signalwirkung bezog sich neben den Spratlys und dem Golf von Tongking auf eine Gruppe von winzigen Klippeninseln, die rund 190 km nordöstlich von Taiwan und 230 südwestlich von Okinawa liegen und die von den Chinesen „Fischfangterrassen“ (Diaoyutai), von den Japanern aber „Spitzpavillons“ (Senkaku) genannt werden. Obwohl unbewohnbar, haben sie seit unvordenklicher Zeit wegen ihrer terrassenförmigen Erhöhungen Fischern oder gekenterten Seeleuten als vorübergehende Zuflucht gedient. Zum Angelpunkt ernsthafter Streitigkeiten zwischen China, Taiwan und Japan waren sie erst geworden, nachdem Geologen Ende der 60er Jahre die Vermutung geäußert hatten, es könne in der Umgebung Öl geben.

Daraufhin hatte die Regierung in Taipe 1970 dem US-Ölmulti Gulf Oil eine Bohrkonzession erteilt, wogegen die

japanische Regierung auf der Stelle Einspruch erhob, weil „Senkaku“ zur japanischen Ryukyu-Kette gehöre. Die VR China schließlich ging ohnehin davon aus, daß sowohl die Provinz Taiwan als auch die im Vorfeld Taiwans liegenden Diaoyutai-Inseln „geheiligte Territorien Chinas“ seien und daß deshalb auch die dort lagernden Bodenschätze ausnahmslos der VRCh gehörten.<sup>49</sup> Zu chinesisch-japanischen Auseinandersetzungen sollte es deshalb nicht nur im April 1978, sondern auch im Dezember 1995 sowie im September 1996 kommen.<sup>50</sup>

Rund um die Felseninseln fanden im September 1996, als der chinesisch-japanische Territorialstreit wieder einmal auf einen neuen Höhepunkt zugesteuert war, leidenschaftliche „patriotische“ Kundgebungen von Chinesen aus Taiwan und Hongkong statt, die unter Einsatz ihres Lebens in der stürmischen See die Flaggen Taiwans sowie der VR China aufpflanzten.

Bürger der Volksrepublik allerdings blieben von diesen patriotischen Bekundungen ausgeschlossen, da die Beijinger Regierung aus bitterer Erfahrung wußte, wie schnell antijapanische Demonstrationen aus dem Ruder laufen

<sup>49</sup>Darstellung bei Y.H. Nieh, „Taiwans Seerechtsansprüche“ in Werner Draguhn (Hrsg.), *Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien*, Bd. 145 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985, S.232-235.

<sup>50</sup>Einzelheiten in C.a., 1996/9, Ü 1.

<sup>48</sup>XNA in SWB, 16.9.96.

## Der chinesisch-japanische Inselstreit



können, wobei Erinnerungen an die 4.-Mai-Bewegung von 1919 oder an jene antijapanischen Demonstrationen vom Herbst 1986 aufzutauchen pflegen, die sich, kaum waren sie in Schwung gekommen, auch schon gegen Mißstände im eigenen Land gerichtet hatten.

## 2.2.2.3.4

**Geschichtsargumente im Streit um Territorien**

Wie bereits erwähnt, bringt Beijing immer dann, wenn es um Territorialansprüche geht, historische Argumente ins Spiel, sei es nun im trocken-gebirgigen Tibet oder im feuchten Element des Südchinesischen Meeres, wo sich überall Spuren aus der Qing-, der Ming- oder gar der Song-Zeit finden lassen.

Vor allem das Meer gibt in den letzten Jahren immer mehr Schätze frei. So wurden z.B. erst 1997 vor der philippinischen Palawan-Insel fünf Dschunken aus der Zeit zwischen dem 11. und dem 16. Jh. geborgen, jener Ära also, da das kaiserliche China den Kompaß und das am Polarstern sich orientierende Navigationsfernrohr erfunden<sup>51</sup> und die größte Handelsflotte der Erde gebaut hatte: Allein zwischen 1404 und 1407 waren in den Werften der südlichen Provinzen 1.681 Schiffe vom Stapel gelassen worden, mit denen der kaiserlicher Admiral Zheng He (1371-1433) seine sieben Expeditionen bis an die Küsten Afrikas durchführte.

Neben den gigantischen, vom Staat finanzierten Expeditionen gab es damals auch zahlreiche privat organisierte Handelsfahrten, die wegen der Korallenriffe und der Taifune im Südchinesischen Meer nie ganz ungefährlich waren und bei denen es immer wieder zum Verlust ganzer Schiffseinheiten kam, wie die oben erwähnten fünf geken-

terten Handelsdshunken beweisen, die bis zum Rand mit Keramik, Tee, Nanjing-Seide und mit in Krügen versteckten (vermutlich also geschmuggelten) Schmuckstücken gefüllt waren. Der heutigen Meeresarchäologie liefern solche Funde Hintergrundmaterial, das von einer erdrückenden Präsenz der chinesischen Seemacht über eine Zeit von fast 500 Jahren hinweg Zeugnis ablegt.

Als Vasco da Gama im Jahre 1497 in Asien aufkreuzte, waren die Erinnerungen an diese chinesische Seeherrlichkeit allerdings längst schon wieder Geschichte: Hatte sich das Reich, vor die Wahl zwischen Mauer- und Flottenbau gestellt, doch bereits im 14. Jh. wieder auf seine alten Traditionen zurückbesonnen – und sich erneut vom Meer abgewandt.<sup>52</sup>

Immerhin hat das halbe Jahrtausend chinesischer Hochseetradition eine überwältigende Zahl von „Zeugnissen“ hintergelassen, die vorerst freilich erst an der Peripherie des Südchinesischen Meeres gehoben werden können. Sollten sich die Chinesen eines Tages dazu durchringen können, das gesamte Südchinesische Meer für die Unterwasserarchäologie freizugeben, so würde sich die „Legitimationsbasis“ für ihre heutigen Ansprüche vermutlich um ein Vielfaches verbreitern.<sup>53</sup>

„Gerichtlich verwertbar“ wären solche historischen Argumente allerdings keineswegs. Selbst wenn sie der Autoritäts-Bekräftigung (Z.5!) dienen, reichen sie für eine juristische Untermauerung von Territorialansprüchen noch lange nicht aus!

Schon heute dürfte sich die explizit ökonomisch kalkulierende und immer stärker außenwirtschaftlich auftrumpfende Volksrepublik damit abgefunden haben, daß Territorialansprüche, die in maoistischer Zeit noch (klassen-) „kämpferisch“ angegangen zu werden pflegten, künftig nur noch auf dem Weg von Verhandlungen gelöst werden können.

Trotz solcher Einsichten bleibt die VBA bestrebt, ihre Marine, die immer noch als Achillesferse der Streitkräfte gilt, kräftig auszubauen – „zur Bewachung von 18.000 km Küstenlinien, 6.000 Inseln sowie 3,5 Mio. qkm Meeresfläche“, wie es in den offiziellen Begründungen immer wieder heißt. Die Marine habe die Aufgabe, das Territorium der VR China zu schützen, darüber hinaus aber auch in eigener Regie wirtschaftliche Aufgaben zu übernehmen – angefangen bei der Ausbeutung von Meeresschätzen bis hin zur Modernisierung der Häfen. Mit Hilfe der Marine kann die Volksrepublik außerdem auch den „Behörden in Taiwan“ immer wieder die Zähne zeigen.

## 2.2.2.4

**Schutz der Huaqiao**

Obwohl die agrarisch ausgerichteten Chinesen – anders als etwa die zentralasiatischen Nomaden – mit zu den seßhaftesten Völkern der Welt gehörten, hat es bei ihnen immer wieder Emigrationswellen gegeben, vor allem im 19. und 20. Jh.: mit der Folge, daß heutzutage außerhalb der VR China und Taiwans rund 30 Mio. Huaren leben, vor allem in Südostasien und im asiatisch-pazifischen Raum.<sup>54</sup> Die Mehrzahl der Huaren liegt den Gastvölkern dabei meist nicht auf der Tasche, sondern stellt ganz im Gegenteil die wirtschaftliche Elite. In Indonesien kontrollieren etwa

<sup>52</sup>Siehe dazu Teil 1 dieser Serie, C.a., 1998/5, S.522 f.

<sup>53</sup>Die Funde aus dem Südchinesischen Meer, die von den fünf gesunkenen Dschunken stammen, welche zwischen 1985 und März 1997 gehoben werden konnten, wurden im September 1997 im Kommerzbankturm in Frankfurt auf einer Ausstellungsfläche von 750 qm präsentiert.

<sup>54</sup>Dazu C.a., 1996/1, S.34 m.N.

<sup>51</sup>Dazu J. Needham, *Science and Civilization in China*, Vol.IV.1, Cambridge/Engl., University Press 1962, S.249 ff.

3,5% Auslandschinesen nicht weniger als 70% des Kapitals und in Thailand liegt dieses Verhältnis bei 8:90 – mit der Folge, daß die einheimische Bevölkerung vor allem immer dann auf „die“ Auslandschinesen zu deuten pflegt, wenn es wieder einmal zu und wirtschaftlichen Verwerfungen gekommen ist.

Wie soll sich China in dieser Situation verhalten: Soll es sämtliche *tongbaomen* [66] (wörtl.: „Personen aus dem gleichen Mutterkuchen“) schützen oder diese Obhut nur einem eingegrenzten Kreis angeheihen lassen – und wie weit soll der Schutz gehen?

China beschloß hier noch im Jahr der Bandung-Konferenz von 1955 Nägel mit Köpfen zu machen und vor allem jenem Land gegenüber klare Verhältnisse zu schaffen, das sowohl die Konferenz ausgerichtet hatte als auch am meisten von den Spannungen zwischen „Einheimischen“ und Huaren betroffen war, nämlich Indonesien.

Im Vertrag vom 22.4.1955 kamen beide Seiten darin überein, in Zukunft weder eine „Doppelstaatsangehörigkeit“ (*shuangzhong guoji* [67]) noch „Staatenlosigkeit“ (*wu guoji* [68]) zu dulden. Chinesen, die in Indonesien lebten, hätten sich also entweder für die Staatsangehörigkeit der dortigen Republik oder aber für die VRCh zu entscheiden. Im ersten Fall hätten sie juristisch die Bande zur alten Heimat gekappt und unterlägen nur noch indonesischen Gesetzen, im letzteren Fall dagegen würden sie von der Volksrepublik angewiesen, sich streng an die Gesetze des Gastlands zu halten.<sup>55</sup>

Diese Regelungen wurden nach und nach auch auf andere Länder Südostasiens ausgeweitet, und zwar 1974/75 auf Malaysia, die Philippinen und Thailand. Zuletzt ging die Trennungsoption auch in das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1980 ein.

Die Schutzaufgaben der VR China beschränkten sich fortan also nur noch auf solche Auslandschinesen, die für die VRCh optiert hatten.<sup>56</sup>

Die Haltung Beijings gegenüber den Huaren blieb trotz dieser Klarstellung lange Zeit ambivalent. Während der Maozeit beispielsweise hatte die für ihren Lebensstil so charakteristische „Kaufmannskultur“ sowie das allgegenwärtige Familienunternehmertum mehr Mißtrauen als Wohlwollen erregt.<sup>57</sup>

Seit Beginn des reformerischen Zeitalters wurden die Huaren dagegen mit offenen Armen empfangen, vor allem, wenn sie als Investoren kamen. Mit ihrem Kapital, ihren technologischen Kenntnissen und vor allem ihren Erfahrungen im Bereich der Wirtschaftsverwaltung haben sie in der Tat wie eine Eigenblutimpfung auf das volksrepublikanische Wirtschaftswachstum gewirkt und überdies dem nachmaoistischen China mit Hilfe ihrer den ganzen asiatisch-pazifischen Raum überspannenden Netzwerkverbindungen schnell Akzeptanz verschafft.

Vor allem aber haben sich die Huaren gegenüber der Volksrepublik als „Modellierungshilfe“ nützlich machen können, und zwar in einem doppelten Sinne – sachlich als Hilfe bei der Modellfindung, personell als Hilfe bei der Selbstfindung.<sup>58</sup>

Wo Licht ist, gibt es freilich auch Schatten: Erstens nämlich kamen im Gefolge des Auslandschinesentums auch die „dunklen Vereinigungen“, d.h. also die verschiedensten Triaden-Varianten wieder ins Land, die mit ihren

Verbindungen geradezu Paradefälle der Netzwerkverdichtung sind.<sup>59</sup>

Zweitens aber erregten die so glänzend funktionierenden Rückbindungen der Huaren das Mißtrauen der Gastländer. Auslandschinesen wurden jetzt wieder verstärkt als politische Gefahr („fünfte Kolonne“ der VR China), als kulturelle Gefahr („Clash of civilizations“ zwischen den Communities sowie zwischen „Schweinefleischessern“ und Mohammedanern), nicht zuletzt aber als „wirtschaftliche Gefahr“ verdächtigt. Als „Ausbeuter“, ja als „Parasiten“ wurden insbesondere wohlhabende Angehörige der Auslandschinesengemeinden immer wieder angegriffen – zuletzt bei den Unruhen in Indonesien, die im Zuge der Asienkrise von 1997/98 aufbrandeten.

### 2.2.3

#### China als Anti-Status-quo-Macht: Antihegemonistische Ziele (Z.3)

Als bevölkerungsreichstes Land der Welt mit dem drittgrößten Territorium und dem längsten Geschichtskontinuum wurde das neue Reich der Mitte 1949 in ein politisches Umfeld „hineingeboren“, das von zwei Supermächten beherrscht war, die sich schon gegenseitig nicht dulden, geschweige denn hinnehmen wollten, daß ein neu aufgetauchter Dritter Machtprivilegien beanspruchte, und die sich deshalb beide den Emporkömmling China möglichst vom Halse schaffen wollten, sei es, daß sie, wie die USA, Handelsbeschränkungen verhängten oder daß sie ihm, wie die UdSSR, sowohl von innen (!) als auch von außen her das Gesetz des Handelns aufzuzwingen versuchten: zumindest war dies die Sicht der neuen chinesischen Führung, die deshalb auch nichts unterließ, um den Status quo zu durchbrechen, wobei sie sich der Sympathien vieler Länder, vor allem aus der Dritten Welt, sicher sein durfte.

Geschichtlich hat sich die Philosophie des *Antihegemonismus* (*fan baquanzhuyi* [69]) aus den Erfahrungen Chinas mit einer Macht entwickelt, die ursprünglich als Hoffnungsträger angehimmelt worden war, nämlich der UdSSR. Hegemonismus ist in der internationalen Politik ganz gewiß keine Neuerscheinung – man denke etwa an die von Mussolini über den Mittelmeerraum angestrebte Vorherrschaft, an die Ambitionen Hitlers gegenüber der slawischen Welt, an den Hegemonismus der UdSSR im Bereich des ehemaligen „Ostblocks“, nicht zuletzt aber auch an die im Kern ebenfalls hegemonistisch eingefärbte amerikanische Monroe-Doktrin. Doch haben die chinesischen „Hegemonismus“-Vorstellungen eine ganz spezifische Entstehungsgeschichte und eine ebenso eigenwillige Erscheinungsform:

Von 1949 bis 1968/69 war die Generallinie der chinesischen Außenpolitik von jenem „Anti-Imperialismus“ bestimmt gewesen, wie ihn Lenin definiert hatte, und wie er sich sowohl gegen den alten als auch gegen den neuen „Kolonialismus“ richtete, wie er in jedem Fall aber ausschließlich mit „kapitalistischen“ Ländern assoziiert wurde.

Spätestens seit der Niederschlagung des Prager Aufstands von 1968 mußte Beijing allerdings imperialistische Ambitionen auch bei einem „sozialistischen“ Land wie der UdSSR entdecken. Obwohl sich Sozialismus und Imperialismus begrifflich gegenseitig ausschließen, da ein „sozialistisches“ Land qua definitione nicht imperialistisch ist, führte die chinesische Propaganda damals den Ausdruck „Sozialimperialismus“ ein und disqualifizierte die Sowjetunion gleichzeitig als „Supermacht“ (*chaoji daguo* [70]),

<sup>55</sup>Näheres dazu ebd., S.38 f.

<sup>56</sup>Zur Unterscheidung der fünf Begriffe Huaqiao, Tongbaomen, Guqiao, Qiaojuan und Huaren vergl. ebd., S.42-44.

<sup>57</sup>Dazu Einzelheiten in C.a., 1996/2, S.167-182.

<sup>58</sup>Einzelheiten dazu in C.a., 1996/3, S.278 ff.

<sup>59</sup>Dazu C.a., 1996/2, S.189 ff.

die durch eine Doppelseigenschaft gekennzeichnet sei, insofern sie einerseits - objektiv! - gewaltige materielle Macht angesammelt habe und sofern sie weiterhin - dies ist die subjektive Komponente! - eine notorische Neigung zum Machtmißbrauch an den Tag legte. Erst im Laufe der Zeit wurde der Begriff „Sozialimperialismus“ durch den Ausdruck „Hegemonismus“ verdrängt. Ließ der Terminus „Imperialismus“ also ursprünglich nur an kapitalistische Länder denken, so gerieten im Zusammenhang mit dem „Hegemonismus“ nun vor allem zwei angeblich „sozialistische“ Länder ins Scheinwerferlicht, nämlich die Sowjetunion - und das mit Moskau damals eng verbündete Vietnam, das erstere als „global-“, das letztere als „regionalhegemonistische“ Macht.

Inhaltlich ist der „Hegemonismus“ eine jedem Machtstaat systemimmanente Aktionsweise, die auf das spiegelbildliche Gegenteil der „friedlichen Koexistenz“ und ihrer Fünf Prinzipien hinausläuft, also auf Mißachtung der Souveränität und territorialen Integrität anderer Länder, auf dauernde Aggressivität, auf systematische Einmischung und auf Ausbeutung.

Antihegemonistische Ziele sind sowohl von revolutionären als auch von nationalen Zielen zu unterscheiden. Der Antihegemonismus *kann* revolutionäre motiviert sein, muß es aber nicht. Letztlich kommt es hier auf die Einstellung des Entscheidungsträgers an: Beijing verfolgte mit seinen antihegemonistischen Aktionen beispielsweise sowohl Kritikanliegen (im Sinne einer marxistischen Schelte am Sowjetverhalten) als auch Ventilfunktionen (im Sinne der Ableitung innenpolitischer Spannungen auf einen außenpolitischen Feind) sowie schließlich Motivierungsabsichten: letzteres war z.B. der Fall, als - zur Zeit der Kulturrevolution - die Hafendarbeiter von Tianjin ihrem „Haß gegen den Sozialimperialismus“ dadurch Ausdruck verleihen sollten, daß sie an einem Tag statt bisher zwei nunmehr drei Schiffe entluden.

Von nationalen Zielen unterscheidet sich der Antihegemonismus u.a. auch dadurch, daß er nicht nur im Vorfeld Chinas, wo es fast immer um unmittelbar nationale Interessen der Volksrepublik geht, sondern selbst im fernen Lateinamerika noch Wirkungen auslösen soll.

Nicht selten bildet der Antihegemonismus aber auch das gemeinsame Dach für revolutionäre *und* nationale Ziele. Ein Beispiel: Als sich im Jahre 1971 die Bengalen im damaligen Ostpakistan gegen das westpakistanische Regime erhoben (und daraufhin den Staat Bangladesch gründeten), hätte man von Beijing eigentlich erwarten müssen, daß es diese Bewegung unterstütze, weil hier ja eine Neudemokratische Revolution im Sinne des maoistischen Revolutionsschemas in Bewegung kam.

China stellte sich indes hinter die westpakistanische Militärjunta, weil es Pakistan als Verbündeten gegen das mit der Sowjetunion alliierte Indien brauchte, wie ja überhaupt Pakistan schon damals zu einer der wertvollsten Stützen chinesischer Außenpolitik in Asien geworden war.

China konnte in diesem Fall sein - aus revolutionärer Sicht höchst „unlogisches“ - Verhalten trotzdem mühelos rechtfertigen, und zwar mit Hinweisen auf sein antihegemonistisches Anliegen gegenüber der Sowjetunion und deren Hauptverbündeten in Südasiens, Indien.

Wie das Bengalenbeispiel zeigt, können im Antihegemonismusbegriff manchmal selbst so gegensätzliche Zielsetzungen wie Revolution und Staatsräson bequem nebeneinander Platz finden. Man könnte hier von einem „Teleskopprohreffekt“ sprechen: Die verschiedenen Ziele verschwinden über- und untereinander wie die einzelnen Glieder

der eines ausgefahrenen Fernrohrs, das der Kapitän nach Gebrauch wieder zusammenschiebt. Der „Antihegemonismus“ erlaubt also u.a. auch ein revolutionäres Mimikry.

Seine plakativste Ausformulierung fand der Antihegemonismus erstmals in der 1972 zwischen Nixon und Zhou Enlai ausgehandelten „Antihegemonie-Klausel“, die in das mittlerweile historisch gewordene Shanghai-Kommuniqué eingegangen ist, und derzufolge sich China und die USA verpflichteten, im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst Hegemonie auszuüben noch zu dulden, daß eine Dritte Macht dort hegemonial auftrete.

China hat es seit damals verstanden, die Antihegemonismus-Klausel in viele bilaterale Verträge oder Kommuniqués mit anderen Staaten einzubauen, nicht zuletzt auch in den Friedensvertrag mit Japan vom Januar 1978.

Außerdem ist der „Antihegemonismus“ in nicht weniger als drei Verfassungen formal verankert worden, nämlich in der von 1975 (Absatz 6 der Präambel), von 1978 (Absatz 8) und von 1982 (Absatz 12 der Präambel).

Von 1968 bis 1989, d.h. also bis zur Aussöhnung mit der Sowjetunion (Gorbatschows Beijing-Visite!), blieb der Antihegemonismus das Leitmotiv der chinesischen Außenpolitik und bestimmte damit deren gesamtes Magnetfeld.

Nachdem die Gorbatschow-Führung die damaligen „drei Hauptbedingungen“ Chinas (Rückzug aus Afghanistan, Rücknahme des Indochina-Engagements und Abzug sowjetischer Truppeneinheiten aus grenznahen Gebieten zu China) erfüllt hatte, trat auch zwischen Beijing und Moskau wieder „Normalität“ ein, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) sogar zur „Strategischen Partnerschaft“ (Vertrag von 1996) weiterentwickelte.

Das Ende des antihegemonistischen - und „klassenkämpferischen“ - Leitmotivs hatte sich bereits mit den Reformbeschlüssen von Dezember 1978 angedeutet. An die Stelle der antihegemonistischen waren von da an zunehmend modernisierungsorientierte Ziele getreten.

#### 2.2.4

#### China als Entwicklungsland: Modernisierungsziele (Z.4)

Als die Deng-Xiaoping-Fraktion im Dezember 1978 das Ruder übernahm, stand sie vor einem Scherbenhaufen, den vor allem die zehnjährige Kulturrevolution (1966-76) hinterlassen hatte: Innere Verschuldung, Arbeitslosigkeit und eine über Jahrzehnte bewußt in Kauf genommene Verzerrung (*bu bili* [71]) zugunsten der Schwerindustrie sowie Rückständigkeit im Wissenschafts- und Technologiebereich: Dies waren nur einige der bedrückendsten Hinterlassenschaften permanenter „politökonomischer“ Experimente, die im Zeichen des Klassenkampfes - sowie statistischer Verdunkelungen - gestanden hatten und deren Stolpergang, in Bewegung gehalten durch nicht weniger als 30 Großkampagnen, erst mit dem Tod des „Vorsitzenden Mao“ ein Ende genommen hatte.

Aufgeschreckt von alarmierenden Kennziffern und von der deprimierenden Trägheit der Wirtschaftsbürokratie faßte das neugewählte ZK noch im Dezember 1978 den Beschluß, das Ruder herumzureißen und, wie es hieß, den „Schwerpunkt der Partei vom Klassenkampf auf die Vier Modernisierungen zu verlegen“. Totaloperationen sollten jedoch vermieden und die Therapieversuche auf einige Teilstücke beschränkt werden, nämlich auf Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Militärwesen.

Kaum aber waren im Vollzug der Dezemberresolution die ersten Steine aus dem maoistischen Klassenkampfe-

bäude herausgebrochen, kam auch schon die gesamte Architektur aus dem Gleichgewicht, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Bereits 1989 – nur wenige Monate nach dem Tiananmen-„Zwischenfall“ – wurde zum ersten Mal die Parole des *yige zhongxin, liangge jiben dian* [72] („ein Zentrum, zwei grundlegende Punkte“) ausgegeben: Zentrum allen Bemühens hatte von jetzt an die Wirtschaft – und nichts als die Wirtschaft – zu sein, deren Strömungen zwischen zwei Ufern dahinzuziehen sollten, nämlich dem der Reformen („Strukturreformen und Türöffnung nach außen“) und dem der KPCh-Führung, wobei sich die Partei mit ihren Vorgaben auf die Tangenten beschränken und sich keinesfalls in die internen Angelegenheiten einzelner Danweis (Einheiten), z.B. der Betriebe, einmischen sollte.

Der XIV. Parteitag vom Oktober 1992 erhob diese Lösung in den Rang einer Art neuen Generallinie; gleichzeitig packte er das Thema Außenpolitik an und erklärte das Jahr 1991, in dem die Sowjetunion von der Bühne verschwunden war, zum Ausgangspunkt einer neuen Ära: die Welt befinde sich seit dieser Wende in einer Periode historischer Wandlungen: „Die 40 Jahre alte Konfiguration amerikanisch-sowjetischer Bipolarität ging in den frühen 90er Jahren zuende“, hieß es. Zwar garantiere das Ende der bipolaren Welt noch keineswegs ein Zeitalter internationalen Friedens, wie der Golfkrieg, der Zerfall Jugoslawiens, der Krieg in Somalia und die militärischen Auseinandersetzungen in der GUS zeigten; doch verschiebe sich, allen Hindernissen zum Trotz, der Schauplatz des weltpolitischen Geschehens immer mehr auf das Feld der Wirtschaft.<sup>60</sup>

Um diesen Entwicklungen auch im eigenen Lande Rechnung zu tragen, machten sich die Reformer daran, vor allem die maoistischen Altlasten zu entsorgen: Mao habe zwar große Taten vollbracht, und die „drei großen Berge“ – Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus – beseitigen helfen. Mit der Vollendung dieser „drei Befreiungen“ sei China jedoch vor die ganz neue Aufgabe gestellt worden, einen „Sozialismus chinesischer Prägung“ (*Zhongguo tese shehuizhuyi* [73]) aufzubauen, der übrigens von Anfang an mit dem Namen Deng Xiaopings verknüpft war und schließlich auch in den neuen Terminus der „Deng-Xiaoping-Theorie“ (s.o.) Eingang fand.

Deng selbst hatte sich immer nur als „Macher“ (*ganshi-pai* [74]) bezeichnet.<sup>61</sup> Durch die Beschlüsse von 1992 war aus dem „Macher“ dann definitiv ein Visionär geworden.

Die „Deng-Theorie“ läßt sich, den Erklärungen des XV. Parteitags vom September 1997 zufolge, in vier Hauptthesen zusammenfassen: „Die Wahrheit liegt in den Tatsachen“; Ordnung statt Chaos; ideologische Flexibilität statt Bücherverehrung; „Friede und Entwicklung als Hauptthemen unserer Zeit“.

Das erste Axiom sollte vor allem der „Befreiung der Produktivkräfte“ dienen: Man dürfe sich nicht an ein vorgegebenes (z.B. stalinistisches) Schema versklaven, sondern müsse „das Denken befreien“ (*jiefang sixiang* [75]); „richtig“ sei eine Entscheidung nicht schon dann, wenn sie dem Dogma entspreche, sondern erst, wenn sie sich auch als wirtschaftlich profitabel erweise; dies ist der tiefere Sinn des ansonsten etwas rätselhaft klingenden Satzes *shi shi qiu shi* [76] – „die Wahrheit liegt in den Tatsachen“. Ergänzt wird diese Grundaussage durch rotbackige Sentenzen wie z.B. durch die auch jedem Bauern auf der Stelle einleuchtende Feststellung, daß man „den Klas-

senkampf nicht essen kann“ sowie durch die bekannte Katzenparabel, derzufolge es „keine Rolle spielt, ob eine Katze schwarz ist oder weiß – Hauptsache, sie fängt Mäuse“.

Ganz auf der Linie dieser Wirtschaftspriorität hatte die KPCh bereits in den 80er Jahren ihre Innen- und Außenpolitik weiter ausformuliert:

- Innenpolitisch vor allem durch eine Neufestlegung des Sozialismus-Begriffs (dazu oben 2.2.1) sowie durch Einführung der „sozialistischen Marktwirtschaft“,
- außenpolitisch aber durch eine Besänftigungs- und Ordnungspolitik, in deren Gefolge die Linke Strategie durch eine neukonzipierte Rechte Linie (dazu Teil 3 der vorliegenden Serie) und die bisherige Politik der geschlossenen Tür durch einen Kurs der „Türöffnung“ (*kai-fang* [77]) sowie einer außenwirtschaftlichen Entfaltung ersetzt wurde, dessen Startschuß mit dem Erlass des Joint-venture-Gesetzes vom Juli 1979 fiel.

Im „Bericht zum XV. Parteitag“ der KPCh vom September 1997 (Abschnitt IV) hieß es, daß die „grundlegende Aufgabe des Sozialismus“ heutzutage darin bestehe, „die Produktivkräfte zu entfalten“ (*shehuizhuyi de genben renwu shi fazhan shehui shengchanli* [78]). Nichts sei diesem Kurs abträglicher als eine „Abweichung nach links“ (*fanzhi 'zuo'* [79]), die es unbedingt zu verhindern gelte. Jedermann in der KPCh weiß, daß damit nichts anderes gemeint sein konnte als der maoistische Kurs!

Z.4 läuft also darauf hinaus, daß nicht nur innen-, sondern ganz besonders auch außenpolitisch/ außenwirtschaftlich alles zu tun ist, was der chinesischen Wirtschaft auf die Sprünge verhilft, wobei Exportorientierung sowie die Einwerbung ausländischer Investitionen zu einem Hauptanliegen werden.

Ganz in diesem Sinne beschloß bezeichnenderweise sogar die ZK-Parteischule, der großen Wende Rechnung zu tragen und ihren Ausbildungsschwerpunkt vom März 1993 ab zu ändern: künftig sollte weniger der Marxismus-Leninismus als vielmehr die „sozialistische Marktwirtschaft“ mit den Themen Finanzpolitik, Eigentumsfragen, Aktiengesellschaften und Wertpapiere in den Mittelpunkt des Unterrichts rücken – und damit letztlich auch die „Theorie Deng Xiaopings über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung“.<sup>62</sup>

## 2.2.5

**China als „Polarstern“ und als wiedererstandenes „Reich der Mitte“: Autoritätsgewinn als Ziel (Z.5)**  
Zumindest drei der bisher aufgeführten vier Zielsetzungen sind, in der einen oder anderen Schattierung, jedem Staat der Dritten Welt eigen, ja dienen geradezu der Systemerhaltung.

Im vorliegenden Kapitel geht es nun darum, eine weitere Zielrichtung aufzuzeigen, die, um mit Deng Xiaoping zu sprechen, eher „chinesisch eingefärbt“ ist, und die an der panasiatischen Orchestrierung mit einer konfuzianischen Tonlage beteiligt ist.

Die Hauptelemente jener *Modell*-Rolle, die China in seiner Eigenschaft als wiedererstandenes „Reich der Mitte“ einzunehmen wünscht, sind bereits in Kapitel 1<sup>63</sup> beschrieben worden. China verstand – und versteht – sich danach als „Reich der Mitte“, das in der ostasiatischen Völkerfamilie die Rolle eines *pater familias* spielen und

<sup>60</sup>XNA, 1.1.93.

<sup>61</sup>*Jingbao* II/1992, S.1.

<sup>62</sup>XNA und SCMP, 23.3.93.

<sup>63</sup>C.a., 1998/5, S.505 ff.

insofern den obersten Rang im Tributsystem bekleiden möchte.<sup>64</sup>

So wie es Aufgabe der Einzelperson war, sich auf dem Weg über permanente Selbsterziehung und -disziplinierung sittlich zu vervollkommen (*xiu ji* [80]), war es auch Aufgabe des chinesischen Staatswesens, eine *autoritative* Modellrolle zu spielen und so zum „Polarstern“<sup>65</sup> zu werden, um den herum die anderen Mitglieder des Tributsystems wie Satelliten kreisen sollten.

Entsprechend der Nähe zum Himmelssohn gab es ein Vier-Zonen-Modell,<sup>66</sup> dessen Mitglieder in abgestuften Formen der Magie des guten Vorbilds ausgesetzt waren. China wollte – als „Reich der Mitte“ – auf die nachgeordneten Mitglieder des Tributsystems nicht durch Gewalt oder durch Territorial-, sondern durch Modell- und Ideenexpansion wirken; das wichtigste Mittel seiner – als solcher nicht geübten – Außenpolitik war also der Impansionismus.<sup>67</sup>

Kein Wunder, daß angesichts dieser Aufgabenstellung das Militär gegenüber dem Zivilmandarinat wenig Eigenbedeutung hatte und daß seine Politik durch drei Eigenschaften – Ordnungsversessenheit, Defensivhaltung und Landgebundenheit – gekennzeichnet war.<sup>68</sup>

Der hierarchische Vorherrschaftsanspruch beruhte, erstens, nicht auf physischer Stärke (im Sinne von „survival of the fittest“), sondern auf moralischer Vorbildhaftigkeit, und er sollte, zweitens, nicht mit Hilfe des Rechts oder des Militärs, sondern durch die Magie des guten Vorbilds durchgesetzt werden. Der Vater war, wie bereits erwähnt, Vorbild der Familie, der Clanälteste Vorbild der Sippe, der Mandarin Vorbild der Kreisverwaltung, der Kaiser Vorbild des Volkes und das Reich der Mitte Vorbild der Völkerfamilie. Kaiser und Mandarinat begründeten ihr Recht, von anderen Gehorsam verlangen zu dürfen, mit der tradierten Verfassung, daß sie allein in der Lage seien, das Volk im Sinne der überkommenen Ethik zu unterweisen – und zwar wiederum durch ihr modellhaftes Verhalten.

Es war das Ideal der konfuzianischen Elite, weniger mit Machtmitteln (Militär, Strafrecht, Verwaltungsakte etc.), sondern vor allem durch persönliche Autorität zu führen. Ein Staatsmann, der zu militärischen und rechtlichen Mitteln greifen mußte, war schnell in Gefahr, sich zu disqualifizieren. In der Praxis kam Gewaltanwendung zwar nicht selten vor, doch wurde sie meist nur schlechten Gewissens ausgeübt. Autorität – nicht Gewalt –, dies war die Maxime. Es galt also, mit *innerer* Macht zu regieren und so weit wie möglich auf äußere Gewalt zu verzichten. Ganz in diesem Sinne verstand sich die traditionelle Führungselite nicht als Spezialautorität, die nur für bestimmte Bereiche (Wissenschaft, Wirtschaft, Militärwesen etc.) „zuständig“ gewesen wäre, sondern sie versuchte, als Gesamtautorität aufzutreten und in dieser Rolle die überkommenen, d.h. „richtigen“ Werte zu verkörpern. Die Autorität war also nicht charismatisch oder legal begründet, sondern „traditionale“, d.h. in Gestalt einer vielhundertjährigen Tradition.

Ganz in diesem Sinne trat auch das „Reich der Mitte“ innerhalb der Völkerfamilie hervor.

Die „Polarstern“-Tradition, wie sie hier beschrieben wurde, wirkt im chinesischen Denken bis heute nach und tritt zumeist in raffinierter Beiläufigkeit zutage, selbst

wenn sich so manches Führungsmitglied dieser Kontinuität gar nicht so recht bewußt sein mag. Kann es etwa ein Zufall sein, daß sich China in den 60er Jahren als Revolutionsvorbild aufgespielt hat, heutzutage aber überall sein reformerisches Modell präsentiert? Die Vorstellung, der Welt einen besonderen Beitrag schuldig zu sein und schon deshalb immer im Lichtkegel des Geschehens stehen zu müssen, wirkt m.a.W. weiter und zieht sich wie ein roter Faden durch das Außenverhalten Beijings, auch wenn sich die Inhalte der chinesischen „Botschaften“ im Laufe der Zeit gewandelt haben.

In der Außenpolitik geht es dem neuen Reich der Mitte nicht nur um nationale oder antihegemonistische Zielsetzungen (Z.2, Z.3, Z.4), sondern darüber hinaus auch um das Anliegen, als *Autoritätsinstanz* anerkannt zu werden und schon dadurch spontane Gefolgschaft für seine Vorstellungen zu finden.

Dieses Verhalten schränkt erneut jene Hauptthese der Morgenthau-Schule ein, derzufolge internationale Politik letztlich auf einen permanenten Kampf zwischen den einzelnen Nationen um Macht hinausläuft:

Wickelt sich doch der Löwenanteil der auswärtigen Beziehungen nach konfuzianischer Auffassung *ohne* Machtausübung ab: Eine Nation, die dem *Dao* [81], d.h. dem „richtigen Weg“, auf die Spur gekommen ist, verwirklicht ihre Mission durch Vorbildhaftigkeit. Ein schöner Staatsmann, der auf äußere Machtmittel zurückgreifen muß und nicht genügend Modelle anbieten kann, um sich auch ohne Gewalteinsatz oder ohne Demonstration von Macht Gehör zu verschaffen!

Darüber hinaus hat Außenpolitik in diesem *autoritativen* Sinn immer auch eine ideologische und moralische Komponente, die durch das „nationale Interesse“ eines Einzelstaats keineswegs aufgesogen wird.

Allerdings dürfte sich auch die moderne Führungselite darüber im klaren sein, daß sich Z.5 (Autoritätsziele) nicht weltweit, sondern, wie seit Hunderten von Jahren, nur in der näheren Umgebung des Reichs der Mitte, also in „Zone I“ umsetzen lassen. Die alte Zone I ist in der Tat auch heute noch ein Bereich, an den China weitaus strengere Maßstäbe anzulegen pflegt als an andere Teile der Welt. Ergo darf auch sein Verhalten in dieser Sphäre nicht mit rein „westlichen“ Maßstäben beurteilt werden. Die chinesische Haltung zur vietnamesischen Kambodschapolitik oder zur japanischen Weigerung, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, kann zwar auch realpolitisch-situationslogisch interpretiert werden; doch bleibt dann immer ein Rest unaufgelöst. Transparenz gewinnen die chinesischen Gesten, versteckten Warnungen und Winke erst dann, wenn man sie als Versuche begreift, überkommene Autoritätsbeziehungen wiederherzustellen. Japan, Vietnam und Korea verstehen diese Art der Sprache sehr wohl. Sie wissen, daß sie sich in einer *Zone der Verbeugungen*, der *Gänge nach Canossa* und schlimmstenfalls auch der *Straffeldzüge* befinden.

Innerhalb der Zone I sind zwei Mitglieder, nämlich Nordkorea und Vietnam, Repräsentanten eines radikal unterschiedlichen Verhaltens gegenüber dem „Reich der Mitte“: Während Nordkorea zur VR China viele Jahrzehnte lang höfliche Beziehungen unterhalten, sich vor ihr artig verbeugt und den chinesischen Errungenschaften gegenüber ein kühles Interesse bezeugt, also ein Verhalten an den Tag gelegt hatte, mit dem Beijing durchaus zufrieden gewesen zu sein scheint, glaubte Vietnam in den Jahren zwischen 1975 und 1991 „tributwidrig“ auftreten zu können, indem es sich einerseits mit dem damaligen Haupt-

<sup>64</sup>Ebd., S.510 ff.

<sup>65</sup>Dazu ebd., S.507.

<sup>66</sup>Ebd., S.509.

<sup>67</sup>Ebd., S.512 ff.

<sup>68</sup>Ebd., S.519 ff.

gegner Chinas, nämlich der Sowjetunion, verbündete und indem es gleichzeitig im Indochinabereich eine „Sonderbeziehungspolitik“ gegenüber Kambodscha und Laos einschlug, die den chinesischen Grundvorstellungen antipodenhaft entgegengesetzt war. Kein Wunder, daß China den Nordkoreanern permanent (und zwar auch nach 1992) zur Hilfe eilt, während es umgekehrt Vietnam sogar mit einem „Erziehungsfeldzug“ heimsuchte.

In der Mitte zwischen Nordkorea und Vietnam bewegt sich Japan, das in einer Reihe von Fragen zwar wenig Sensibilität für das chinesische Gesicht zeigt, das letztlich aber doch einen ständigen Gang nach Canossa vollzieht und auf diese Weise jenen „Respekt“ bezeigt, den China viele Jahrhunderte lang erwarten durfte, auch wenn Japan nie formelles Mitglied des chinesischen Tributsystems war.

Die Grenzen, bis zu denen Z.5 reicht, sind m.a.W. weitgehend identisch mit jenem geopolitischen Bereich, der im chinesischen Denken bis ins frühe 19. Jh. hinein zur Zone I gehört, der also die 18 ursprünglichen Provinzen sowie Korea, Annam und Japan umfaßt hatte.<sup>69</sup>

## 2.3

### Modernisierung, aber auch „Renormalisierung“ bei den Zielsetzungen

#### 2.3.1

##### Die große Wende: Zwei Paradebeispiele

Anschauungsmaterial dafür, wie sehr der reformerischen Führung mittlerweile vor allem Modernisierungsziele ans Herz gewachsen sind, liefert die Politik gegenüber zwei Ländern, die für Beijing jahrzehntelang zu den „roten Tüchern“ gehört hatten, nämlich gegenüber Israel und Südkorea. In beiden „Fällen“ hat sich am Schluß die Logik der Wirtschaft durchgesetzt, wobei Z.4 im Falle Israels über Z.3 und im Falle Südkoreas über Z.1 siegte:

#### 2.3.1.1

##### Israel

Die fast zur gleichen Zeit gegründeten Staaten Israel (1948) und VR China (1949) waren ursprünglich beide – im Zeichen des „Sozialismus“! – fest entschlossen, miteinander Beziehungen aufzunehmen, doch sollte sich der Koreakrieg (1950-53) schon kurze Zeit später als trennendes Element erweisen, insofern Israel in dieser Frage immer mehr ins Fahrwasser der USA geriet, China sich aber an der Seite Nordkoreas in den Krieg einschaltete. Die damals erfolgte Trennung wurde bei der Bandung-Konferenz von 1955 ein weiteres Mal bestärkt, als sich China nämlich ganz auf die Seite der arabischen Welt schlug und später, in den 60er Jahren, auch die PLO systematisch zu unterstützen begann: Die Palästinenserorganisation erhielt von den Chinesen sogar diplomatischen Status und durfte ein Vertretungsbüro in Beijing eröffnen.

Schon zu Beginn der 70er Jahre allerdings hatte eine heimliche Wiederannäherung zwischen China und Israel begonnen, die für die chinesische Seite deshalb so interessant war, weil Israel zahlreiche Beutewaffen und Technologien sowjetischer Herkunft liefern konnte, die es bei seinen Kriegen mit Ägypten erbeutet hatte. In Israel selbst lösten die Waffenlieferungen an China heftige Fraktionskämpfe aus, doch setzte sich schließlich die prochinesische Linie durch, die vor allem in drei Bereichen zu einer engen Zusammenarbeit führte, nämlich bei der Landwirtschaft (Wüstenbewässerung!), bei der Wissenschaft (Sonnenenergie, Medizinwesen) und vor allem,

wie gesagt, bei der Waffentechnik: Israel lieferte den Chinesen die erwähnte Beutetechnologie, modernisierte die chinesische Panzerwaffe (mit Nachtsichtgeräten und Panzerkanonen), lieferte Kfir-Kampfflugzeuge und half den Chinesen dabei, eine moderne elektronische Version der Großen Mauer aufzubauen.<sup>70</sup>

Die enge Zusammenarbeit erregte nicht nur den Verdacht der damaligen Sowjetunion, sondern auch der amerikanischen CIA, die den Israelis vorwarf, Geheimnisse des Sam-Raketenbaus und andere hochmoderne Technologien zu „verraten“, die z.T. auf amerikanische Forschung zurückgingen.<sup>71</sup>

Im Januar 1992 schließlich zogen beide Seiten die Konsequenz aus der bisherigen Zusammenarbeit und nahmen diplomatische Beziehungen auf, wobei sich die chinesische Seite im Vorgriff bei Arafat und der PLO rückversichert hatte.

#### 2.3.1.2

##### Korea

Und die Koreanische Halbinsel? Hier hatten sich, ähnlich wie in China nach 1945, zwei Einheiten herausgebildet, die sich de facto zu selbständigen Staaten entwickelten, die fundamental verschiedene Ideologien vertraten, die sich gegenseitig in militärische Aktionen verwickelten und die beide mit verschiedenen Argumenten (hie „Kontinuität“, dort „Befreiung“) den Alleinvertretungsanspruch verfochten.

Die junge Volksrepublik hatte in dieser Situation ohne Wenn und Aber mit dem im Zeichen des Sozialismus auftretenden nördlichen Landesteil diplomatische Beziehungen aufgenommen und sich schließlich sogar mit Millionen von „Volksfreiwilligen“ auf Seiten Pyöngyangs im Koreakrieg (1950-53) engagiert. Ein Jahrzehnt später war dieses „Lippen-Zähne-Verhältnis“ zwischen beiden Seiten auch noch durch einen „Kooperations- und Freundschaftsvertrag“ vom Juli 1961 zementiert worden. Manifest war das Verhalten Beijings von Solidaritätsüberlegungen im Zeichen des „proletarischen Internationalismus“ (Z.1) bestimmt, latent waren freilich auch Gesichtspunkte der Vorwärtsverteidigung (Z.2) mit im Spiel gewesen. Andere Motive hatten – zumindest damals – offensichtlich keine Rolle gespielt.

Und doch begann sich das Verhältnis zwischen Beijing und Pyöngyang schlagartig zu ändern, als die VRCh im August 1992 diplomatische Beziehungen zum Hauptfeind des Nordens, nämlich zur Republik Südkorea aufgenommen – und damit dem Alleinvertretungsanspruch Nordkoreas, wie Pyöngyang es sah, ins Gesicht geschlagen hatte,<sup>72</sup> wobei Beijing sich offensichtlich von der Erwartung hatte leiten lassen, daß die reformerische Volksrepublik aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem „kleinen Drachen“ Südkorea mehr gewinnen könne als aus dem kostspieligen „Solidaritäts“-Verhältnis zum verarmten Norden. Damit aber hatte Z.4 die Oberhand über Z.1 errungen – mit der Folge, daß die „brüderlichen“ Beziehungen zum sozialistischen Norden in Spannungen umschlugen, die bis an den Rand militärischer Konfrontation gerieten.

Kein Wunder, wenn der Einfluß Beijings auf Pyöngyang rapide zurückging und wenn die Stimme Chinas bei den Vierergesprächen von New York i.J. 1997 (Beteiligte:

<sup>70</sup> Einzelheiten dazu C.a., 1992/2, S.82-86 und 1993/10, Ü 3.

<sup>71</sup> FT, 14.10.93.

<sup>72</sup> Dazu C.a., 1992/8, Ü 7.

<sup>69</sup> Zum Vier-Zonen-Modell vergl. C.a., 1998/5, S.509.

Nord- und Südkorea, USA, China) kaum noch Gewicht hatte.

### 2.3.2

#### „Heimkehr“

Vielleicht an keinem anderen Punkt der nachmaoistischen Geschichte ist die Umkehr der VR China auch im Bereich außenpolitischer Zielsetzungen so deutlich geworden wie anhand der 1992 beschlossenen Doppelhinwendung zu Israel und zu Südkorea. Hier handelte es sich um eine Grundsatzentscheidung, mit der Beijing definitiv aus dem Schatten der Vergangenheit heraustreten wollte und die nur deshalb so besonders spektakulär ausfiel, weil sie erstens gegenüber früheren „Erzfeinden“ / „Erzfreunden“ gefaßt werden mußte und weil sie zweitens im Zuge der Aufarbeitung des „Tiananmen-Komplexes“ erfolgte. Von dieser spezifischen Katharsisfunktion abgesehen aber lief sie ganz konsequent auf die Begrädigung eines außenpolitischen Kurses hinaus, der früher im Zickzack verlaufen war, der nun aber – im Zeichen der Renormalisierung – wieder jenen Prinzipien der Stabilisierung und Ordnung sowie der wirtschaftlichen Prosperität zu folgen begann, wie sie schon für die traditionelle Außenpolitik kennzeichnend gewesen waren.

Mit dieser Renormalisierung ist das Reich der Mitte zumindest teilweise wieder zu sich selbst zurückgekehrt. Z.1 gehört damit der Vergangenheit an, Z.3 verschwindet langsam am Horizont, Z.2 gehört zu den notwendigen, Z.5 zu den eher nostalgischen, Z.4 aber zu den maßgebenden Elementen einer künftigen chinesischen Außenpolitik.

△ △ △

#### CHINESISCHE ZEICHEN:

- [1] 反霸权主义
- [2] 听话
- [3] 人生观
- [4] 处于低潮
- [5] 两次历史性飞跃
- [6] 毛泽东思想
- [7] 邓小平理论
- [8] 解放生产力
- [9] 长期的和平国际环境
- [10] 社会主义初期阶段
- [11] 改革,发展,稳定
- [12] 精神污染
- [13] 安全第一
- [14] 稳定
- [15] 和平国际环境
- [16] 相互
- [17] 全面
- [18] 信任
- [19] 總合安全保障
- [20] 相互信任
- [21] 一个中心
- [22] 和平与发展
- [23] 区域集团化

- [24] 多极化
- [25] 生产全球化
- [26] 资本国际化
- [27] 力量对比
- [28] 实力范围
- [29] 分而治之
- [30] 特洛伊木马
- [31] 多米诺骨牌理论
- [32] 两岸
- [33] 中华经济共同体
- [34] 前店后厂
- [35] 光复大陆
- [36] 解放
- [37] 同一
- [38] 一国两制
- [39] 恢复
- [40] 香港
- [41] 基本法
- [42] 特别行政区
- [43] 高度自治
- [44] 一国两府
- [45] 一国两区
- [46] 一国两体
- [47] 一国两社
- [48] 主流
- [49] 民进党
- [50] 戒急用忍
- [51] 内
- [52] 外
- [53] 边界条约
- [54] 边界协定
- [55] 东沙
- [56] 西沙
- [57] 南沙
- [58] 中沙
- [59] 北部湾
- [60] 钓鱼台
- [61] 尖阁
- [62] 渤海
- [63] 琼州海峡
- [64] 曾母暗沙
- [65] 南海
- [66] 同胞们
- [67] 双重国籍
- [68] 无国籍
- [69] 反霸权主义
- [70] 超级大国
- [71] 不比例
- [72] 一个中心,两个基本点
- [73] 中国特色社会主义
- [74] 干事派
- [75] 解放思想
- [76] 实事求是
- [77] 开放
- [78] 社会主义的根本任务是发展社会生产力
- [79] 防止左
- [80] 修己
- [81] 道